# :antifaschistische nachrichten

Nr. 12

g 3336 6.6.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €


**Gegen die „Wiederbelebung des Antisemitismus in einem bisher nicht gekannten Ausmaß" wenden sich die Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten Peter Gingold und Dr. Ulrich Schneider, in einer gemeinsamen Erklärung. Peter Gingold ist zugleich Mitglied des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland.**




ARBEITERFOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

**Köln: Debakel für Neonazis. Die „Kameradschaft Köln" und der „Nationale Sturm Köln" hatten zu einer Demonstration aufgerufen, erschienen waren nur ganze 52 „Kameraden" – unter ihnen 15 Berliner Neonazis. Obwohl erst wenige Stunden vor dem Nazi-Auflauf bekannt wurde, dass dieser an einem neuen Ort in Köln und zu einer neuen Uhrzeit beginnen sollte, konnte dennoch trotz massiven Polizeiaufgebots dieser empfindlich gestört werden. Eine Gruppe von AntifaschistInnen blockierte den Weg. Anderthalb Stunden war Stillstand. Dann mussten die Nazis unter Polizeischutz über einen freigehaltenen U-Bahn-Zugang den Platz räumen. An der antifaschistischen Demonstration, die vor Beginn des Nazi-Auflaufs in dessen unmittelbarer Nähe beendet wurde, hatten zuvor rund 500 Menschen teilgenommen.**

# Antifaschisten warnen vor einem neuen Antisemitismus

„Angesichts der politischen Entwicklungen im Nahen Osten erleben wir eine öffentliche Debatte, die von neuen Formen des Antisemitismus geprägt wird. Dabei wird die legitime und an sich nicht antisemitische Kritik an der verhängnisvollen Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung mit einer pauschalen Diffamierung des Staates Israel oder Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land verbunden."

Darüber hinaus fänden „historisch verzerrte Vergleiche" mit dem „Vernichtungskrieg", eine Identifizierung von Flüchtlingslagern mit KZs und Ähnliches nicht nur in der neofaschistischen Polemik statt.

„Ein schlimmes Beispiel" böten die Äußerungen von FDP-Politiker Möllemann: „Statt eine politische Lösung der Probleme im Nahen Osten, wie sie von der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung gefordert wird, zu unterstützen, betätigt er sich als ‚Tabu-Brecher', indem er aus erkennbar wahltaktischen Gründen nicht nur antisemitische Ressentiments in unserer Gesellschaft bedient, sondern durch seine Art der öffentlichen Präsentation sie auch noch forciert".

„Endlich dürfe man sagen, was man schon immer dachte", laute eine der Reaktionen auf Möllemanns Vorstoß. Dessen öffentliche Anwürfe gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Michel Friedmann, im Zusammenhang mit dem Fall Karsli, seien „nur die Spitze eines Eisbergs, der offenkundig gesellschaftliches Bewusstsein widerspiegelt". Behauptungen wie jene, die Juden selber seien für die Zunahme des Antisemitismus verantwortlich, lägen auf einer ähnlichen Linie wie Nazi-Parolen von der „zionistischen Weltverschwörung". Dabei würden „die Opfer zu Tätern gemacht und eine nicht greifbare ‚allgegenwärtige Bedrohung' herbei phantasiert".

„Im Endeffekt werden damit antisemitische Vorbehalte bedient und unterstützt, die in letzter Konsequenz zu Übergriffen, Brandstiftungen und Friedhofschändungen führen." Die Erklärung, das habe man „nicht gewollt", sei „so glaubwürdig wie das Verhalten eines Biedermannes, der Benzinkanister ins Haus schleppt und anschließend den Brandstiftern noch die Streichhölzer aushändigt".

„Wir teilen die Sorge des Zentralrats der Juden in Deutschland über die Wiederbelebung des Antisemitismus in einem bisher nicht gekannten Ausmaß", heißt es in der Erklärung der beiden Bundessprecher der VVN-BdA. „Wir verurteilen das Spekulieren auf Wähler aus dem rechten Lager. Der Judenhass ist in unserem Land nach wie vor virulent; ihn wieder zu erwecken, ist angesichts der deutschen Geschichte ein Verbrechen."

*Bundessprecher der VVN-BdA*
*Peter Gingold (Mitglied des Auschwitz-Komitees in der BRD)*
*Dr. Ulrich Schneider (Historiker)* ■

**Aus dem Inhalt:**

## „Volksbegehren“ in Niedersachsen?

OBERHAUSEN. Die neofaschistische Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten“ ruft zur Beteiligung an einer Unterschriftensammlung zur Genehmigung eines „Volksbegehrens“ in Niedersachsen auf. Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens sollen über folgende Frage abstimmen: „Sind Sie mit der Ausweitung der derzeit gegebenen gesetzlichen Erlaubnis des Zuzugs von Ausländern aus Staaten außerhalb der Europäischen Union zur Besetzung hier angebotener Arbeitsplätze einverstanden, ja oder nein?“. Die formulierte Fragestellung erfülle zwar „nur im Ansatz die Maßnahmen, die nötig wären, um die Massenzuwanderung zu stoppen“, so die „Unabhängigen Nachrichten“ (5/02), „weitergehende Forderungen wären aber gar nicht erst genehmigt worden“. Um ein solches „Volksbegehren“ in Niedersachsen zu ermöglichen, müssen bis zum 1. September 25 000 Unterschriften gesammelt werden. *hma* ■

## Anständig rechts

BERLIN. Die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) hat auf ihrer letzten Mitgliederversammlung „Prüfsteine“ zur Bundestagswahl aufgestellt. Darin wird neben der „ideellen und materiellen Gleichstellung aller Opfer von Diktaturen“ auch „keine Partnerschaft demokratischer Parteien mit der PDS“ gefordert. Künftig will sich der Dachverband verschiedener antikommunistischer Gruppierungen den Vereinigungen der früheren DDR-„Bürgerrechtsbewegung“ annähern. Als neues Mitglied der UOKG wurde der Verein „Hilferufe von drüben“ aufgenommen. Der Verein war 1978 in Lippstadt als Initiative um Gerhard Löwenthal (früher „ZDF-Magazin“) und Helmut Kamphausen, beide auch Autoren der „Jungen Freiheit“, gegründet worden. Kamphausen, einst stellvertretender Vorsitzender des Vereins, stand 1993 auf der Teilnehmerliste eines Lesertreffens der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ und referierte vor seinem Tod im Jahre 1998 noch bei den sog. „Republikanern“ in Berlin. Im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit der UOKG wurde beschlossen, den Kontakt zu Journalisten künftig „persönlicher“ zu gestalten und zu „intensivieren“. Neben dem neuen Vorsitzenden der UOKG, Horst Schüler („Lagergemeinschaft Workuta“), sprach auf der Versammlung auch Hans Schwenke (früher „Vereinigte Linke“) vom „Bund der Stalinistisch Verfolgten“ (BSV). In einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ im vergangenen Jahr (41/2001) äußerte Schwenke u.a.: „Heute wittert man überall nationalsozialistische Gefahr, sobald nur das Wörtchen „rechts“ oder „konservativ“ erscheint“. Wenn die PDS an der Berliner Regierung beteiligt werde, wünsche er sich einen „Aufstand der Anständigen“, der „richtigen Anständigen“, „nicht derart, wie vom 9. November 2000, als man alles in die Hände des Antifaschismus geraten ließ“, so Schwenke. Gast der Versammlung war auch Dr. Annette Kaminsky, derzeit kommissarische Geschäftsführerin der „Stiftung Aufarbeitung“ . *hma* ■

## EU verweigert Korridor

KALININGRAD. Mit der bevorstehenden Erweiterung von EU und NATO um Polen und Litauen droht dem Gebiet um das russische Kaliningrad die völlige Isolation auf dem Landwege. Grund dafür ist die Entscheidung der EU, die Einrichtung eines visumfreien Korridors für Bürgerinnen und Bürger der Region durch polnisches und litauisches Gebiet abzulehnen. Begründet wird die Entscheidung damit, das mit dem „Schengener Abkommen“ alle Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, die Außengrenzen der EU besonders scharf zu überwachen. Die EU ist der Auffassung, das eine von Rußland erwartete Regelung die EU-Außengrenze durchlöchern und womöglich die Sicherheit der EU-Bürger gefährden würde. Der Gouverneur des Kaliningrader Gebietes, Wladimir Jegorow, bezeichnete die EU-Entscheidung als „ungerechtfertigt hart“ und „diskriminierend“. Die EU wolle so „das Recht der Kaliningrader, sich frei von der Oblast Kaliningrad ins übrige Rußland und umgekehrt zu bewegen“, beschneiden. Die Haltung der EU könne das Kaliningrader Gebiet in einen wirtschaftlichen Kollaps treiben, befürchtet Gouverneur Jegorow. Ohnehin sei die Wirtschaft des Gebietes bisher schon zu 50% auf den westlichen Markt ausgerichtet. *hma* ■

## Bundesregierung revidiert Erfolgsmeldungen zum Verbot der Neonazi-Organisation „Blood&Honour"

BERLIN. Die Bundesregierung rückt erstmals von ihrer bisherigen Einschätzung ab, dass das Verbot der Neonazi-Organisation „Blood & Honour" vom September 2000 ein voller Erfolg gewesen sei. Nach der groß angelegten Durchsuchungsaktion des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt, bei der am 25. April 2002 über 40 Objekte in sieben Bundesländern wegen des Verdachts auf Fortführung der verbotenen Neonazi-Organisation „Blood & Honour" durchsucht wurden, kann selbst die Bundesregierung ihre früheren Erfolgsmeldungen offenkundig nicht mehr aufrecht erhalten.

So heißt es nun in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke:

Es „wurden Erkenntnisse über ein Zusammenwirken von Aktivisten verschiedener früherer ‚Blood & Honour'-Sektionen bekannt. Auf dieser Ebene liegen einzelne Hinweise auf Aktivitäten ehemaliger ‚Blood & Honour'-Mitglieder bzw. auf Organisationsstrukturen vor, die auf Bemühungen um die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der früheren Handlungsfähigkeit und die öffentliche Präsenz von ‚Blood & Honour' hindeuten." Darüber hinaus bestünden frühere persönliche Verbindungen ehemaliger „Blood & Honour"-Mitglieder fort. In Einzelfällen würde auch nach dem Verbot noch Propagandamaterial von „Blood & Honour" vertrieben, organisierten ehemalige B & H-Mitglieder mehrere Konzerte, seien in Deutschland mehrfach Bands aufgetreten, bei denen ein Bezug zu B & H vermutet werden kann. Auch seien der Bundesregierung einige deutsche Bands und CD-Anbieter bekannt, die Kontakte zu ausländischen B & H-Mitgliedern unterhalten oder bei B & H-Konzerten im Ausland aufträten.

Nur wenige Monate nach dem Verbot hatten Landesämter für Verfassungsschutz und antifaschistische Initiativen über ein Fortbestehen von „Blood & Honour"-Strukturen berichtet und Zweifel an dem Erfolg des Verbotes geäußert. Nachfragen der PDS bei der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 14/6137 und 14/6417) stießen damals jedoch auf Ignoranz und ein stoisches Festhalten an Erfolgsmeldungen seitens des Innenministeriums.

Angesichts der Ermittlungen des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt hat die Bundesregierung nun offenbar kalte Füße bekommen. Bleibt zu hoffen, dass Innenminister Schily in Zukunft Warnungen und Hinweise der antifaschistischen Öffentlichkeit über Aktivitäten in der Neonazi-Szene nicht mehr aus Interesse an Eigenlob oder aus ideologischen Gründen ignoriert. *Ulla Jelpke* ■

## Antirassistisches Festival in Brandenburg

Am 15. Juni 2002 findet in Königswusterhausen auf der Festwiese das „Le monde est à nous – beats against racism“ statt. Dieses Festival wird bereits zum dritten Mal von einem Bündnis aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften und dem SPLIRTZ Brandenburg e.V. organisiert, um die alternative Jugendkultur vor Ort zu stärken.

Allein in Königswusterhausen und Umgebung verübten Nazis innerhalb eines Jahres bereits drei Brandanschläge bei denen nur durch Zufall keine Personen verletzt wurden. So griffen rechtsextreme Jugendliche am Vorabend des letzten Festivals die Bühne mit Molotowcocktails an.

Mit erschreckender Regelmäßigkeit werden Menschen am Bahnhof Königswusterhausen von Nazis bedroht oder gar angegriffen. Im Rahmen des Festivals soll deshalb mit einer Informationsveranstaltung zum Thema Nationalbefreite Zonen auf das Problem aufmerksam gemacht werden.

Ab 11:30 Uhr gibt es ein Brunchbuffet und Kabarett, HipHop- und Graffity-Workshops, ein Volleyballturnier, ein Kickerturnier und natürlich Konzert mit Die Ruffians, Surfpoeten, Sunday afternoon, Second rate und Gush.

Weitere Informationen zum Le monde est à nous beats against racism sind zu erhalten unter http:/le-monde.de.vu oder Antifa TAG, Liebigstr. 34, 10247 Berlin. ■

## Protest gegen Burschenschafts-Veranstaltung von No pasaran

KIEL. Zum 15.5.2002 lud die „Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia" aus Kiel zu einem Vortrag eines Veteranen der Legion Condor ein. Die Legion Condor war eine Eliteeinheit der Luftwaffe des nationalsozialistischen Deutschlands. Sie unterstützte den Faschisten Franco im spanischen Bürgerkrieg und zerstörte dabei ganze Städte. Ca. 40 Menschen versammelten sich etwa eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrags vor dem Eingang zum Grundstück der Burschen, da davon auszugehen war, dass die Veranstaltung einerseits der Relativierung und Heroisierung von NS-Verbrechen dienen sollte, andererseits die politische Akzeptanz der Burschenschaft und ihrer reaktionären Inhalte fördern sollte. Die Protestierenden gaben ihrem Protest mittels Parolen, einem Kundgebungsbeitrag, Pfiffen und Transparenten Ausdruck. Auf einigen Transparenten wurde direkt Bezug auf die Veranstaltung der Burschen genommen („Wer NS-Verbrechen huldigt, macht sich selbst mitschuldig! Burschenschaften anfechten!" oder „No pasaran!"), auf anderen wurde grundsätzliche Kritik gegen Herrschaft und Kapitalismus als Ursachen für reaktionäre Einstellungen und Krieg thematisiert. Die Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke gegen die Protestierenden ein. In ihrem Flugblatt, dass auch als Redebeitrag verwendet wurde, heißt es: „Führende Angehörige der Legion Condor machten später Karriere in der Bundeswehr, so Heinz Trettner, der es gar zum Generalinspekteur der Bundeswehr brachte. Nach dem Jagdflieger Werner Mölders sind noch immer Kasernen benannt. Erst 1997 kam es bei der offiziellen Gedenkfeier in Guernica zu einem Schuldbekenntnis von offizieller deutscher Seite. Eine Verurteilung der grundsätzlich völkerrechtswidrigen Intervention Nazi-Deutschlands im spanischen Bürgerkrieg steht noch ebenso aus wie eine Ehrung derjenigen Menschen, die sich freiwillig an der Verteidigung der rechtmäßigen Regierung in Spanien beteiligt haben."

*http://de.indymedia.org* ■

## Neue Nazi-Location „THOR" in Dresden

DRESDEN. Nur Ärger haben sie sich in letzter Zeit eingehandelt, die Dresdner Neo-Nazis, wenn sie zu ihren Aktivitäten schritten. Am 1. Mai wurde der Neo-Nazi-Aufmarsch (knapp 1000 Personen) durch massive Gegen-Aktivitäten gestoppt und das mit dem sicheren Rückweg war auch nicht so einfach: 6 Blockaden hat's gegeben, eine davon mit mehreren hundert Leuten und über eine Stunde lang: „no way for neo-nazis". Am 8. Mai, zum nächsten Aufmarsch waren's plötzlich nur noch etwa 30 Neo-Nazis, die sich mobilisieren ließen – sie trafen auf 250 Antifas.

Nun wagen sie sich auf einem anderen Wege wieder in die Öffentlichkeit: zwei bekannte Dresdner Neo-Nazi-Kader (Ronny Thomas und Sven Hagendorf) eröffneten am 24. Mai im „Thor" in Mickten/Übigau auf der Overbeckstr., Ecke Sternstr. eine location, die offensichtlich ein neuer Neo-Nazi-Treffpunkt werden soll. Zur Eröffnungs-Veranstaltung, die über das gesamte Wochenende stattfand, waren 250 Neo-Nazis fast aus dem gesamten Bundesgebiet dabei.

*ART Dresden* ■

*infos: http://venceremos.antifa.net*

## FAZ lehnt Vorabdruck von Walsers Roman ab

FRANKFURT. Hauptfigur in einem neuen Roman von Martin Walser ist ein Literaturkritiker, offensichtlich Marcel Reich-Ranicki, der scheinbar einem gekränkten Autor zum Opfer fällt. Deshalb lehnte die „FAZ" einen Vorabdruck wegen „antisemitischer Klischees" ab.

Das Buch, bisher unter Verschluss gehalten, erscheint im Sommer beim Frankfurter Suhrkamp Verlag und soll den Titel „Tod eines Kritikers" tragen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am Mittwoch berichtete, soll es in dem „Schlüsselroman über den deutschen Literaturbetrieb" ganz offen um eine Abrechnung Martin Walsers mit dem „Literaturpapst" Marcel Reich-Ranicki gehen. Ein jüdischer Starkritiker namens André Ehrl-König falle vermeintlich einem Mord zum Opfer. Die Schuld werde einem von ihm verrissenen und gekränkten Schriftsteller zugeschoben.




Die „FAZ" lehnte das Angebot Walsers, das Buch im Feuilleton des Blattes vorab zu veröffentlichen, in einem offenen Brief an den Autor ab: Der Roman sei „ein Dokument des Hasses" und eine „Mordphantasie", die mit dem „Repertoire antisemitischer Klischees" spiele, schreibt Herausgeber Frank Schirrmacher. Der populäre, wenn auch streitbare Kritiker Reich-Ranicki überlebte den Holocaust der Nationalsozialisten im Warschauer Ghetto zusammen mit seiner Frau Teofila. „Verstehen Sie, dass wir keinen Roman drucken werden, der damit spielt, dass dieser Mord fiktiv nachgeholt wird?", schreibt Schirrmacher: „Verstehen Sie, dass wir der hier verbrämt wiederkehrenden These, der ewige Jude sei unverletzlich, kein Forum bieten werden?"

Antisemitismus-Vorwürfe gegen Martin Walser wurden erstmals 1998 laut: Anlässlich seiner Ehrung mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (Laudatio: Frank Schirrmacher) hielt Walser in der Frankfurter Paulskirche eine Rede, in der er die „Instrumentalisierung von Auschwitz" kritisierte und die ständige öffentliche Thematisierung des Holocausts als „Moralkeule" monierte, die letztlich den gegenteiligen Effekt erziele. Die Rede löste heftige Proteste aus. Der damalige Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, warf Walser unter anderem „geistige Brandstiftung" und „latenten Antisemitismus" vor. Nach wochenlangen Debatten in den Feuilletons legten die Kontrahenten ihren Streit jedoch bei. Bubis nahm den Vorwurf des „geistigen Brandstifters" zurück, Walser verteidigte allerdings die Unmissverständlichkeit seiner Rede.

*Quelle: Spiegel Online, FR 31.5.* ■

## NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Fürth

FÜRTH. Neben mehreren anderen Naziaufmärschen (siehe AN 11-2002) meldeten auch in Fürth verschiedene neonazistische Organisationen und die NPD zum 1. Mai eine Demonstration an. Die circa 400 Nazis wurden mit Sonder-U-Bahnen von Nürnberg nach Fürth gebracht und konnten aufgrund einer polizeilichen Sicherheitszone (Absperrgitter samt deren Bewachung entlang der gesamten Route) ihren Aufmarsch durchführen.

Die Zahl der GegendemonstrantInnen belief sich auf circa 3-4000. Nach einer Kundgebung des DGB versuchten meist kleine Gruppen immer wieder an die Nazidemo zu gelangen, um gegen diese mittels Sprechchören, Obst, etc. zu protestieren.

Ein weiterer Effekt der Polizeitaktik: Wegen des gesperrten Straßenzugs war einer Menge GewerkschafterInnen der Weg zu der Abschlusskundgebung des DGB verwehrt, was diese teils fassungslos und erzürnt zur Kenntnis nahmen.

Bei der Abschlusskundgebung am Hauptbahnhof wurden die Nazis und die GegendemonstrantInnen abermals durch Gitter und einige Hundertschaften USK in Kampfmontur großflächig getrennt. Begleitet durch Pfiffe konnten so die Neonazis ihre rassistische und antisemitische Propaganda kundtun und wurden danach wieder mit der U-Bahn aus Fürth gefahren.

Viele NazigegnerInnen fuhren danach noch zum Internationalistischen Straßenfest nach Gostenhof/Nürnberg. Neben Musik, Büchertischen, Essensständen ereignete sich am Rande des Straßenfestes ein Übergriff seitens der Polizei. Eine Gruppe von ca. fünf Personen, u.a. eine Frau mit Kleinkind, wurden auf sehr brutale Weise verhaftet. Einige FestbesucherInnen versuchten dann die Einsatzwagen am Wegfahren zu hindern, was aufgrund der schlagwütigen Polizeikräfte nicht gelang. Daraufhin blockierten einige hundert Leute bis in den späten Nachmittag die Straße.

Die Gefangenen wurden am frühen Abend dann wieder freigelassen und zum Fest zurückgebracht. *inl/ron* ■

## Jörg Haider kommt nach Frankfurt

FRANKFURT/MAIN. Der Wirtschaftsclub Rhein-Main, ein Zusammenschluss von Unternehmern und anderen netten Zeitgenossen, hat Jörg Haider zu einem Vortrag nach Frankfurt eingeladen. Er soll als Landeshauptmann Kärntens über den Wirtschaftsstandort Kärnten reden. Die Veranstaltung soll am Do., den 6.6., um 20 Uhr im Steigenberger Hotel, Frankfurter Hof, stattfinden. Einlass wird mit Einladung ab 18.30 Uhr sein. AntifaschistInnen wollen sehen, ob Einlass findet, wer Einlass begehrt. Treffpunkt: ab 18 Uhr vor dem Steigenberger.

## Keine Auskünfte zu deutschen Restitutionsklagen, aber schroffe Ablehnung von Klagen aus Osteuropa

BERLIN. Die Bundesregierung hat keine Übersicht über Klagen oder andere rechtliche Schritte deutscher Privatpersonen oder Firmen, um die Rückgabe früheren deutschen Eigentums in diesen Staaten zu erreichen. Sie hält solche Klagen aber für zulässig. Nicht zulässig sind dagegen in ihren Augen heute Klagen tschechischer, polnischer oder anderer Opfer der NS-Zeit auf Rückgabe von in dieser Zeit geraubtem oder zerstörten Vermögen.

„Ebenso wie ihre Vorgängerregierungen hat die Bundesregierung nicht auf individuelle Ansprüche von Deutschen verzichtet. Für die Geltendmachung ... stehen den Betroffenen die in den jeweiligen Ländern oder internationalen Institutionen bestehenden rechtlichen Möglichkeiten offen", heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf PDS-Anfragen zu Restitutionsforderungen deutscher Privatpersonen und Firmen gegenüber der Tschechischen Republik, Polen und anderen Staaten und zu rechtsextremistischen Vorbereitungen auf die „Pfingsttreffen" der Vertriebenenverbände.

Diametral entgegen gesetzt ist dagegen die Position der Regierung, wenn polnische, tschechische oder andere osteuropäische Opfer der Nazi-Politik heute ihrerseits auf Entschädigung oder Rückgabe von geraubtem Vermögen klagen. „Kriegsschäden werden nach Völkerrecht grundsätzlich nur durch Reparationsvereinbarung auf staatlicher Ebene geregelt", heißt es da. Und: „Klagen von natürlichen Personen gegen einen Staat aufgrund von Tatbeständen, die Gegenstand von Reparationsforderungen sein könnten, sind unzulässig."

Es verwundert nicht, dass diese doppelte Moral im Umgang mit Folgen des von Nazi-Deutschland angezettelten Weltkriegs auch rechtsextreme Kräfte ermuntert. Zum Pfingsttreffen der Ostpreußischen Landsmannschaft im Juni in Leipzig, so die Antwort der Regierung auf eine andere PDS-Anfrage, mobilisieren schon jetzt Kreis- und Landesverbände der NPD sowie die rechtsextreme „Junge Landsmannschaft Ostpreußen". *PM Ulla Jelpke* ■

## Benesch-Dekrete: Auch in Polen wächst die Unruhe

POLEN. In Polen führen die deutsch-österreichischen Angriffe auf die Nachkriegsordnung zu wachsender Unruhe. U.a. brachte die (nationalistische) „Liga der polnischen Familien" im Sejm, dem Abgeordnetenhaus, einen Resolutionsentwurf ein, in dem es heißt, dass der Sejm seine „volle Solidarität mit der Haltung der Regierung der Tschechischen Republik" erklärt. Der Versuch, die Dekrete als unvereinbar mit dem EU-Recht zu qualifizieren, öffne „den Weg zu direkten Eigentumsforderungen seitens der früheren deutschen Bewohner Tschechiens, der Slowakei, Polens und Russlands". Polen solle deshalb die Siegermächte auffordern, die Gültigkeit des Potsdamer Protokolls von 1945 und der Nachkriegsordnung in Europa zu bestätigen. Eine entsprechende Regelung müsse auch in den EU-Beitrittsvertrag eingehen. Die Behandlung der Resolution wurde zunächst verschoben. *scc* ■

## Rechtsextremistischer Übergriff auf das Jugendzentrum in Kandel

KANDEL. Am 25.5.02 wurde von der Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Landau ein Konzert im Jugenzentrum Kandel veranstaltet. Der Abend verlief friedlich, bis gegen 00:10 Uhr 30-40 bewaffnete Neonazis, die sich auf dem Kandler Maimarkt zusammengerottet hatten, die Veranstaltung attackierten. Mehrere jugendliche Konzertbesucher erlitten Verletzungen und Platzwunden durch Schläge, Tritte und Flaschenwürfe.

Da die von den Leitern des Jugendzentrums verständigte Polizei viel zu spät eintraf, war es dem entschlossenem Entgegentreten einiger Konzertbesucher zu verdanken, dass Schlimmeres verhindert wurde.

In Kandel und Umgebung bilden sich immer mehr Gruppierungen militanter Faschisten. Wiederholt kam es zu Angriffen auf Ausländer und Jugendliche, die ihre menschenverachtende Meinung nicht teilen. Da Kandel immer mehr zur Spielwiese für rechtsextreme Organisationen wie den Kameradschaftsbund Karlsruhe, die NPD und den Nationalen Widerstand Kandel wird und diese sich immer mehr im Stadtbild etablieren, ist der Punkt gekommen, dem entschieden entgegenzustellen. Deshalb ist für Samstag den 1.6.02 in Kandel eine antifaschistische Demonstration geplant.

*Antifa-Landau/Pfalz* ■

## Grüne stellen Antrag gegen Danubia

Dem Rechtsextremismus in München die Rückzugsräume nehmen – gibt es eine Möglichkeit, der Danubia das Haus in der Möhlstraße zu entziehen? Diesen Antrag hat die Fraktion B90/Die Grünen in den Stadtrat eingebracht. Wir dokumentieren im Wortlaut:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Das Stadtarchiv wird gebeten die Geschichte des Hauses Möhlstraße 21 so exakt wie möglich darzustellen. Dazu gehört auch und vor allem die jeweiligen Besitzverhältnisse zu klären. Es wird dargestellt, ob sich aus den Unterlagen des Stadtarchivs noch potentielle Erben der Familie Kaufmann ermitteln lassen.

2. Die Rechtsabteilung des Kommunalreferates wird gebeten darzustellen, unter welchen. Umständen die potentiellen Erben der Familie. Kaufmann noch Ansprüche auf das ehemals „arisierte" Gebäude erheben könnten. .

*Begründung*

In der Möhlstraße 21 befindet sich das sog. Danubenhaus. Dieses Haus - die ehemalige „Villa Julius Kaufmann" befindet sich im Besitz der rechtsextremen Burschenschaft „Danubia". Recherchen zum Gebäude Möhlstraße 21 lassen folgenden geschichtlichen Hintergrund erkennen:




Das Haus wurde 1901 von den jüdischen Eheleuten Julius und Luise Kaufmann gebaut. Der. Sohn Bruno, der am 26. April 1884 geboren wurde, heiratete als lutheranischer Christ Gertrud Kaufmann. Sie wohnten in ihrem Haus in der Möhlstraße 21. 1935 traten die „Deutschen Rassengesetze" in Kraft. Damit wurden die Kaufmanns als Juden definiert und verfolgt Die „arische" Gertrud Kaufmann wurde unter Druck gesetzt, ihren Ehemann Bruno zu verlassen.

Am 1. Februar 1938 fand die „Arisierung", d.h. der Raub des Hauses, statt. Das Haus wurde durch die Nationalsozialisten dem „Freiherr v. Leonrod-Familienfideikomiss" überschrieben. Das Ehepaar Kaufmann verübte gemeinsam mit ihrem Sohn Bruno am 31. Oktober 1940 Selbstmord durch Gasvergiftung. Die Mitglieder der Familie Kaufmann sahen keinen anderen Ausweg, um der drohenden Trennung, den permanenten Demütigungen und der Deportation zu entgehen. Gertrud Kaufmann starb am 11. Februar 1967.

Der Sohn des Nutznießers der Arisierung, Ludwig Freiherr von Leonrod, beteiligt sich an der Vorbereitung des Attentats am 20. Juli 1944 auf Hitler. Er wurde am 20.8.1944 hingerichtet.

Am 11.9.49 wurde die Danubia wieder gegründet.

Von Kriegsende 1945 bis Dezember 1955 blieb das Haus in den Händen der Familie Leonrod. Am 9.12.1955 wurde das Haus an das Ehepaar Manz vermacht. Karl von Manz verkaufte das ehemals „arisierte" Haus in der Möhlstraße 21 im Jahr 1957 an seine Burschenschaft „Danubia" e.V.

Gemäß eines von den Alliierten erlassenen Gesetzes, sollte den Juden geraubtes Eigentum rückerstattet werden. In diesem Fall wurden aber keine Rückerstattungs- oder Entschädigungsverfahren registriert. Bereits im Juli 1961 fand im Haus die Gründung der burschenschaftlichen Gemeinschaft statt und im November 1961 die Gründung des Ostdeutschen Kartells „ODK", wegen des „Südtirolkampfes" bekannt; an dem die Danuben sich beteiligten. 1989 fand dort die Gründung des Republikanischen Hochschulverbandes statt.

In dem' Haus in der Möhlstraße finden regelmäßig die „Bogenhausener Gespräche" statt. Der NPD Funktionär Thorn von Waldstein referiert im Februar 1997. Auch Horst Mahler. referierte in der Möhlstraße. Im Januar 2000 geschah der Überfall auf den Griechen Artemios – durch Skinheads, die in der „Burg Trausnitz" feierten. Der Haupttäter, Christoph Schulte, entkam zunächst, da er sich im Danubenhaus in der Möhlstraße 21 verstecken konnte.

Die Möhlstraße 21 ist ein Zentrum der organisierten rechtsextremistischen Studentenschaften in München. Der Überfall auf Artemios hat deutlich gemacht, dass es auch Verbindungen zwischen Skinheads, anderen organisierten rechtsextremen Gruppierungen sowie der Danubia. gibt.

Es ist ein Hohn der Geschichte, dass heute organisierte Rechtsextremisten im „arisierten" Haus in der Möhlstraße 21 residieren und von dort aus antisemitisches und rassistisches Gedankengut verbreiten können. Die Stadt München muss durch Recherchen die Besitzverhältnisse exakt klären und versuchen, evtl. Erben ausfindig zu machen, die das Haus zurückfordern könnten - das würde dem Rechtsextremismus in München einen ihrer Rückzugsräume nehmen.

*Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - rosa Liste, Initiative: Siegfried Benker* ■

## Aus der rechten Ecke

STUTTGART. Die Reps im Gemeinderat sind wieder einmal aktiv geworden, nachdem sie längere Zeit von den internen Macht- und Grabenkämpfen in der Landespartei absorbiert waren (die Staatsanwaltschaft verfolgt den ehemaligen stellv. Landesvorsitzenden Ch. Käs wegen seines Finanzgebahrens). Zwei Themen drücken die Reps, beide was für Stammtischbrüder: Populismus zum Bieseln auf dem Frühlingsfest (Titel des Antrags: „Abzocke auf dem Wasen – Toilettenbenutzungsentgelte beim Frühlingsfest") und – irgendwas finden sie dann ja immer noch, wo sie ihren dumpfen Hass gegen Ausländer und Sozialhilfeempfänger abdampfen können – ein Antrag zum Wohneigentum. Wir zitieren wörtlich:

*Anfrage Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion DIE REPUBLIKANER im Stuttgarter Gemeinderat, Datum: 16.05.2002, Betreff: Preiswertes Wohneigentum*

Mit diesem Programm sollen vor allem junge Familien in die Lage versetzt werden, mit staatlicher Unterstützung Grund- und Wohneigentum zu erwerben.

Neuestes Beispiel ist das Neubaugebiet Im Raiser in Zuffenhausen … Wir haben den Eindruck gewonnen und auch entsprechende Rückmeldungen aus der Bürgerschaft erhalten, dass die Vergabepraxis unbefriedigend ist.

Dabei werden folgende Punkte hauptsächlich thematisiert:

1. Bei der Vergabe werden Ausländer mit einem Anteil von bis zu 40% begünstigt. Dies wird als unangemessen und ungerecht empfunden, zumal sich die Frage stellt, ob es im Sinne der Verfassung ist, dass ausländische Personen mit staatlichen Mitteln gefördertes Haus- und Grundeigentum erwerben. Hier wird bereits von „Landnahme" auf Staatskosten gesprochen.

2. Die Einkommensgrenzen werden als zu nieder angesehen, was dazu führt, dass vor allem sozial Schwache zu den Begünstigten gehören. Dies führt aber eher dazu, dass sich neue soziale Brennpunkte bilden und dass anstatt der gewünschten leistungstragenden Bevölkerungsschichten eher Leistungsempfänger angesiedelt werden.

Wir bitten hier um eine entsprechende Stellungnahme zu den beiden Punkten und um Auskunft darüber, welche Maßnahmen die Stadt unternimmt, um einer ungünstigen sozialen Entwicklung in diesen Neubaugebieten entgegenzuwirken.

*gez. Dieter Lieberwirth, Sabine Johnson, Erwin Joos* ■

# Heißer Sommer gegen Nazis!



**Gleich dreimal hintereinander wird Köln innerhalb von circa einem Monat von Neonaziaktivitäten heimgesucht.**

Der Aufmarsch der Kölner Kameradschaften am 1. Juni (siehe Titelbild) war der eher unbedeutetende Auftakt. Am 29./30. Juni plant der Funktionär der faschistischen „Bürgerbewegung Pro Köln“ und Herausgeber der Zeitschrift „Signal“ (früher Europa Vorn), Manfred Rouhs, an zwei Tagen hintereinander sein jährliches Pressefest verbunden mit einem Konzert verschiedener Neonazi-Musikgruppen am Kölner Heumarkt durchzuführen. Eine Woche später am 6. Juni will ebenfalls Pro-Köln eine Kundgebung gegen den Christopher Street Day (CSD) abhalten.

Das Bündnis „Köln stellt sich quer” hat alle Kölner und Kölnerinnen aufgerufen, dieser Welle neofaschistischer Aktivitäten entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, zu zeigen, dass diese menschenverachtende Hetze hier und anderswo nichts zu suchen hat!

**Erstmalig Nazi-Konzert in Köln geplant**

Eine besondere Provokation stellt das geplante Konzert & Pressefest am Heumarkt dar. Manfred Rouhs, der die Zeitschrift „Signal“ herausgibt und einen gleichnamigen Versandhandel betreibt, über den rechtsextreme Musik und Bücher zu beziehen sind, richtet das sogenannte „Signal-Pressefest“ einmal im Jahr aus. Neben diversen rechtsextremen Rednern wie Rouhs selbst, Harald Neubauer und Alfred Mechtersheimer, die dort auftreten werden, sind die Skinhead-Bands ‚Eskil‘ und ‚Nordwind‘, die französische Naziband ‚In Memoriam‘ sowie die Gothic/Industrial Band ‚Von Thronstahl‘ um Josef Klumb angekündigt. Zu Rouhs’ Pressefesten kamen in den letzten Jahren mehrere hundert Neonazis, darunter etliche militante Nazi-Skinheads.

„Musik stellt ein wichtiges Medium in der rechten Szene dar. Es hat sich auch gezeigt, dass nach solchen Konzerten Neonazis immer wieder, angestachelt durch die menschenverachtende Musik durch die Gegend ziehen, um Jagd auf MigrantInnen und Andersdenkende zu machen. Wir werden nicht dulden, dass die Kölner Innenstadt oder irgend ein anderer Ort über ein gesamtes Wochenende zur „No-Go-Area“ für all diejenigen Menschen wird, die nicht in das Weltbild der Rechten passen. Wir werden nicht zulassen, dass in Köln erstmalig ein Konzert mit Neonazibands stattfinden soll – denn die Musik der rechten Schläger ist nichts anderes als Begleitmusik zu Mord und Totschlag. Wir fordern die Verantwortlichen der Stadt auf, alles zu tun, damit diese menschenverachtende Hetze nicht verbreitet werden kann!“ heißt es im Aufruf von „Köln stellt sich quer“.

Die Stadt Köln hat inzwischen mit der Begründung, dass städtische Plätze nur an Veranstalter vergeben werden, die Veranstaltungen in öffentlichem Interesse durchführen, Rouhs’ Antrag abgelehnt. Der Hotel- und Gaststättenverband wwurde über das geplante „Pressefest“ informiert und hat seine Mitglieder gewarnt und auf den neofaschistischen Charakter der Veranstaltung hingewiesen. Bleibt zu hoffen, dass es Rouhs sehr schwer wird, passende Räumlichkeiten für seine Veranstaltung aufzutreiben.




**Naziprovokation auch am Christopher-Street-Day (CSD)**

Mit einer Kundgebung gegen den CSD unter dem haarsträubenden Motto „Wider den Werteverfall“ will ‚Pro Köln‘am 6. Juli gegen Schwule und Lesben hetzen. Damit steht die rechtsextreme Vereinigung nicht alleine.

Konservative Kräfte und Teile der Kirchen wettern immer wieder gegen den CSD. Ihr Weltbild, in dem Heterosexualität als „natürliche“ Norm und die bürgerliche Familie als einzig vorstellbare Lebensform existiert, sehen sie von selbstbewussten Schwulen und Lesben angegriffen. So ist es nicht nur die Meinung einer Minderheit, die die Nazis am 6. Juli vertreten wollen. Umso wichtiger ist es, gerade am CSD, schwulen- und lesbenfeindlicher Hetze keine Plattform zu bieten.

**29. Juni:**
**Treffpunkt 12.00 Uhr**
**Alte Feuerwache,**
**Melchiorstraße 3**
**(Nähe Ebertplatz)**
**6. Juli:**
**Hetzkundgebung gegen den CSD stoppen!**

*Infos unter www.antifa-k.de und 0221/ 9526359*

*UnterstützerInnen: Antifa K, Antifa- Referat PH AStA, Antifa- Projekt des AStA der SpoHo, AStA der FH, AStA der Uni Köln, Junge Linke Köln, Juso-AG Köln-Dellbrück, Juso-Hochschulgruppe Uni Köln, NRW-Landesarbeitsgemeinschaft Queer- Schwule und Lesben in der PDS, PDS Kreisverband Köln, VVN-BdA Köln 14.05.2002*

## Neues Deutschland beendet Möllemann-Kolumne

Seit einigen Monaten befand sich Möllemann in Disput mit Gregor Gysi im „Neuen Deutschland”. In seinem Beitrag für die Ausgabe 27. Mai schreibt Möllemann: „Bei uns in Deutschland beschwören SPD und Grüne einen drohenden Rechtsruck in Europa. Sind denn alle blind? Was wir überall sehen, ist der Tatsachenbeweis für die These: Es geht nicht mehr um Rechts oder Links. Es geht nur noch darum, wer die tatsächlichen Probleme der Menschen ohne ideologische Scheuklappen erkennt, in der Sprache des Volkes nennt und zu ihrer Zufriedenheit löst. ... Der gemeinsame Nenner der Europa-weiten Wahlergebnisse ist weder ein Rechtstrend noch ein Linkstrend, sondern die Emanzipation der Demokraten.” Noch in der gleichen Ausgabe kontert Gysi, Möllemann verkläre die Wahlergebnisse nationalistischer Rechtspopulisten, die rassistische und fremdenfeindliche Strömungen schüren und nutzen, „messianisch zu einer ‚Welle des erwachenden Selbstbewusstsein‘”, zum Erfolg von Demokraten, gar zur „Zeitenwende am ‚Beginn des dritten Jahrtausends‘” und diene sich hier als Haider Deutschlands an. Die Redaktion erklärt mit diesem Möllemann-Beitrag das „Experiment” des Disputs für beendet: „Jürgen Möllemann hat mit dieser Kolumne seinen Aufnahmeantrag in den Club des – fremdenfeindlichen – europäischen Rechtspopulismus formuliert”, dafür will das ND kein Forum sein, so die Redaktion. *jöd* ■

# Frankreich: FN und MNR vor den Parlamentswahlen

**„Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Le Pen" (so der Linksintellektuelle Yann Moulier-Boutang in der Zeitschrift Multitudes) – wird er auch auf die französischen Parlamentswahlen einen Schatten werfen?**

Die beiden rechtsextremen Parteien – vor allem aber der Front National (FN) – werden auch bei der diesjährigen Parlamentswahl alles daran setzen, eine maximale Wirkung als Störfaktor zu entfalten, falls sie nicht richtig „mitspielen" dürfen. Das französische Mehrheitswahlrecht sorgt dafür, dass FN und MNR (Mouvement National Républicain) in der Regel sehr geringe Aussichten haben, einen Wahlkreis für einen ihrer Kandidaten zu „erobern". Ausnahmen bestehen allerdings vor allem im Südosten Frankreichs, wo der FN (oder örtlich der MNR) sich zu einer richtiggeheneden rechtsextremen „Volkspartei" entwickelt hat. Die starke Präsenz der 1962 anlässlich der Entkolonialisierung ausgesiedelten Algerienfranzosen - der pieds noirs - ist einer unter mehreren Faktoren, die diese überdurchschnittliche Präsenz an der Mittelmeerküste zwischen Montpellier und Nizza sowie im Hinterland, vor allem aber an der Côte d'Azur, erklären. Sofern sich die Wahlergebnisse von Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl auf die herannahenden Parlamentswahlen projizieren lassen, können der extremen Rechten momentan zwischen 3 und 10 Parlamentssitze vorausgesagt werden.

Insbesondere im Südosten Frankreichs könnte eine Handvoll von Abgeordneten des FN gewählt werden. Seitens des MNR hat dessen Gründer und Präsident, Bruno Mégret, relativ hohe Chancen, im Wahlkreis Vitrolles/ Marigagne einen Parlamentssitz zu gewinnen: Beide Trabantenstädte von Marseille werden von rechtsextremen Stadtoberhäuptern regiert, Catherine Mégret (MNR) und Daniel Simonpieri (bis vor kurzem MNR). Da Simonpieri sich seit kurzem wieder seiner ehemaligen Partei, dem FN, angenähert und an dessen 1. Mai-Demonstration in Paris teilgenommen hat, hatte Jean-Marie Le Pen in der ersten Maihälfte versucht, ihn zu einer Konkurrenzkandidatur gegen Bruno Mégret in diesem Wahlkreis zu bewegen.

Simonpieri hatte sich unter anderem auch deswegen vom MNR entfernt, weil Parteichef Mégret nach den Kommunalwahlen im März 2001 – der MNR hatte 65 % in Marignane und 45 % in Vitrolles erzielt – eigene Ambitionen auf diesen aussichtsreichen Wahlkreis angemeldet hatte. Im April 2002 verkündete Simonpieri, er habe für das laufende Jahr seinen Mitgliedsausweis beim MNR nicht erneuert. Zugleich versuchte er, in die Rolle eines „Einigers" oder Schlichters zwischen den beiden rechtsextremen Parteien zu schlüpfen. Wohl auch um diese mögliche Position für die Zukunft nicht einzubüßen, schlug Simonpieri denn auch am Ende das Angebot des FN-Chefs Jean-Marie Le Pen aus, der ihm vorschlug, seine Kandidatur im Kreis Vitrolles/ Marignane großzügig zu unterstützen.

Normalerweise ist es üblich, dass sich kleinere oder mittelgroße politische Kräfte auf der Linken bzw. der Rechten in der Stichwahl zugunsten der jeweils bestplazierten Kandidatur links oder rechts zurückziehen. Seit den frühen Neunziger Jahren jedoch erhält der FN systematisch seine Kandidaturen in der Stichwahl aufrecht, auch dort, wo sie völlig aussichtslos sind und gerade mal mit Mühe und Not die 12,5 Prozent-Hürde nehmen konnten. Dadurch wird die konservative Rechte zu den triangulaires (wörtlich: „die dreieckigen") genannten Konstellationen gezwungen: Statt wie üblich eine linke und eine rechte Kandidatur zu konfrontieren, sind die zweiten Wahlgänge so durch eine Dreierfigur von Linken, Rechten und Neofaschisten geprägt. Dies behindert natürlich vor allem die konservative Rechte, da die Linksparteien in weit geringerem Maße eine Wählerschaft mit dem FN oder MNR teilen.







Ein Karikaturist der linken bis grünen-nahen Wochenzeitung 'Charlie Hebdo', Luz wendet sich in diesen Zeichnungen (aus privater Quelle, die er während einer Anti-FN-Demonstration persönlich verteilt hat) gegen die Ansicht, die kritischen Kräfte müssten einen „Burgfrieden" mit den Etablierten eingehen, um Schutz vor Le Pen zu finden. Auf dem ersten Bild sieht man die etablierten Politiker dabei, einen „illegalen" Immigranten abschieben zu lassen, während sie durch einen Fingerzeig auf Le Pen die Aufmerksamkeit des Kritikers ablenken. Dem Faschismus soll so durch jene Ideen entgegen getreten werden, „die zum Faschismus führen". Die Konsequenz sieht man im zweiten Bild : Le Pen guckt nach fünf Jahren erneut aus der Urne hervor, mit den Worten „Ich bin wieder da". Auf unsanfte, aber deutliche Art schneidet der Kritiker daher jenen Vertretern der Etablierten das Wort ab, die „den Nichtwählern, Protestwählern auf der radikalen Linken und...." die Schuld zu- und von sich wegschieben wollen.

Ansonsten werden der FN und der MNR fast überall gegen- bzw. nebeneinander antreten: Bei insgesamt 577 Wahlkreisen auf dem französischen Territorium hat Le Pen 563 Kandidaten präsentiert, Mégret gar 571. Der Gründervater des Front National wird dabei, ähnlich wie 1997, nicht selbst Kandidat sein: Le Pen hasst es, sich dem Risiko auszusetzen, nicht das beste Einzelergebnis eines FN-Bewerbers zu erzielen. Er ist jedoch im Wahlkampf „seiner" Kandidaten und Kandidatinnen (ziemlich genau die Hälfte ist weiblich) in hohem Maße präsent.

Das französische Wahlrecht erlaubt es denjenigen Kandidaten und Kandidatinnen, in der Stichwahl präsent zu sein, die im ersten Wahlgang von mindestens 12,5 Prozent der eingeschriebenen Wahlberechtigten (nicht der abgegebenen Stimmen) erhalten haben. Seit den Neunziger Jahren hat der FN diese Bestimmung des Wahlgesetzes systematisch zu seinen Gunsten genutzt, um im Falle einer Bündnisverweigerung der Konservativen ihnen gegenüber eine „Politik der verbrannten Erde" (*Le Figaro* im Dezember 1992) zu praktizieren.

Bei den Parlamentswahlen Ende Mai und Anfang Juni 1997 hatten die Lepenisten so ihre KandidatInnen in insgesamt 133 von 577 Wahlkreisen aufrecht erhalten können. Die Präsenz dieses Störfaktors hat damals mit zum Wahlsieg der Koalition unter Lionel Jospin beigetragen: Zwischen 30 und 40 bürgerliche Kandidaten waren an den triangulaires gescheitert. Wäre dem nicht so gewesen, hätte die parlamentarische Mehrheit anders ausfallen können.

Soweit die Resultate der diesjährigen Präsidentschaftswahl auf die beiden Wahlgänge im Juni übertragbar sind, steht den Rechtsextremen dieses Mal die Möglichkeit offen, ihre Kandidaten in 237 Wahlkreisen zur Stichwahl aufrecht zu erhalten. Das wären rund 80 Prozent mehr

Wahlkreise als vor fünf Jahren. Derzeit sagen die Meinungsumfragen – die Le Pen aber vor den Präsidentschatswahlen unterschätzt hatten – dem FN im landesweiten Durchschnitt zwischen 12 und 16 % der Stimmen vorher, dem MNR rund 2 %.

Am 21. Mai hatte der derzeitige Interimspräsident des neogaullistischen RPR, Serge Lepeltier, eine Debatte um das Verhalten der Konservativen in den Stichwahlen angestoßen. Lepeltier hat derzeit den Platz der bisherigen RPR-Präsidentin Michèle Alliot-Marie eingenommen, da diese als Verteidigungsministerin in die Regierung aufgerückt ist. Am frühen Dienstagmorgen auf dem Fernsehkanal RTL eingeladen, hatte Lepeltier auf eine Schlussfrage des Journalisten – bezüglich des Verhaltens der Konservativen in den triangulaires – geantwortet : „Ich wünsche, dass wir unseren Kandidaten aufrecht erhalten, denn wir würden immer noch weniger Risiken durch die Wahl von ein paar Abgeordneten (Anm. B.S.: der extremen Rechten) eingehen als die Linke, die (Anm. B.S.: 1985) das Verhältniswahlrecht eingeführt hatte, mit dem Ergebnis, dass der FN eine Fraktion in der Nationalversammlung erlangte.“ Dort war der FN zwischen 1986 und 1988 mit 35 Abgeordneten präsent.

Diese Äußerung löste sofort einen Proteststurm seitens der Linksparteien aus, die im zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl fast einstimmig zur Wahl von Jacques Chirac aufgerufen hatten, um Jean-Marie Le Pen den Weg zu versperren. Aber auch innerhalb des bürgerlich-konservativen Blocks, der in 80 Prozent der Wahlkreise unter dem einheitlichen Etikett der neuen Sammelpartei UMP (Union pour la majorité présidentielle, Union für die Präsideten-Mehrheit) antritt, erfolgten schnell die Distanzierungen. Ex-Premierminister Alain Juppé, der den Wahlkampf der UMP koordiniert, und andere suchten rasch den politischen Schaden zu begrenzen. Juppé erklärte, in den zweiten Wahlgängen solle nach Möglichkeit überall faktisch die gleiche Regel wie bei der Präsidentschaftswahl praktiziert werden: Nur die beiden bestplazierten Kandidaten aus dem ersten Durchgang sollen in die Stichwahl gehen. Das bedeutet, dass die Konservativen sich zurückziehen, wo ein/e Kandidat/in der Linksparteien besser abschneidet und dem Front National gegenüber steht - und umgekehrt.

Im Hintergrund der Überlegung von Lepeltier steht wohl unausgesprochen die Überlegung, ein solcher Verzicht auf den gegenseitigen Rückzug zugunsten der Linksparteien, im Angesicht einer Präsenz des FN oder MNR, könne eventuell von den rechtsextremen Parteien honoriert werden. Bleibt ein konservativer Bewerber - mit schwachem Prozentergebnis - in der Gegenwart eines sozialdemokratischen und eines neofaschistischen Kandidaten im Rennen, dann könnte er die Wahl des Ersteren behindern und dem Letztgenannten den Weg freimachen. Daher rührt die laut gedachte Überlegung seitens Serge Lepeltiers, „ein paar Abgeordnete“ des FN (und/ oder MNR) seien ja kein so schlimmes Risiko. Das könnte die Tür dafür öffnen, dass in manchen Wahlkreisen hinter den Kulissen die Verhandlungen darüber beginnen, wo – im Gegenzug – der FN oder MNR nicht die Wahl eines konservativen Kandidaten behindern wird.

Was den MNR betrifft, so sei immerhin daran erinnert, dass die Boulevardzeitung ‚France Soir‘ am 16. April dieses Jahres darüber berichtet hatte, dass dessen Aufnahme in die künftige konservative Sammlungspartei im Gespräch sei. Diese war damals noch unter dem Namen UEM (Union en mouvement, Union in Bewegung) im Gespräch, bevor Jacques Chirac sie nach seinem Wahlsieg unter dem Namen UMP lancierte. ‚France Soir‘ zitierte fünf Tage vor dem Beginn der Präsidentschaftswahl (anonym bleibende) konservative Führungspolitiker, die eine Aufnahme der Mégret-Anhänger in eine Einheitspartei auf der Rechten explizit nicht ausschließen wollten. Der sofortige Wahlaufruf Bruno Mégrets vom Abend des 21. April, für Le Pen zu stimmen, dürfte diese Tür aber wohl definitiv verschlossen haben. Dennoch ist der MNR sicherlich bündnispolitisch „weicher“, und Gesprächen mit den Konservativen gegenüber weit aufgeschlossener, als die Führungscombo rund um Le Pen.

Eine deutliche Mehrheit der konservativen Entscheidungsträger hat Lepeltier jetzt, angesichts der breiten Empörung und wenige Wochen nach den massiven Mobilisierungen und Demonstrationen gegen die extreme Rechte, zurückgepfiffen. Es gibt freilich auch Gegenstimmen, namentlich die des RPR-Vorsitzenden im südostfranzösischen Département Var (eine Hochburg des FN), Gilbert Ginesta - dieser Vertreter einer harten Rechten bekräftigte ausdrücklich die von Lepeltier vorschnell vorgedachte Orientierung.

Die sozialistische Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry, konnte es sich nicht verkneifen anzumerken, Lepeltier spreche nur „laut aus, was die Rechte leise zu tun gedenkt“. Oder jedenfalls einige auf der Rechten. Zur Erinnerung: Im März 1998 gingen Konservative in fünf Regionalparlamenten Allianzen mit den Rechtsextremen ein, um bei der Neuwahl der Regional-Exekutive die Mehrheit zurückzuerlangen. Gegen den Widerstand der Parteispitzen, und namentlich Chiracs, allerdings. Drei der damals durch ein Rechts-Rechts-Bündnis ins Amt gekommenen Regionalpräsidenten sind heute noch im Amt: Jacques Blanc in Montpellier, Jean-Pierre Soisson in Dijon und Charles Baur in Amiens. Ein weiterer, Charles Millon in Lyon, der 1999 vom Regionalparlament aus seinem Sitz gestimmt wurde, bildet nach wie vor einen wichtigen politischen Faktor am rechten Rand der Konservativen. Millon, Baur und Soisson haben in den 10 Tagen vor dem zweiten Durchgang der Präsidentenwahl zwei Mal in Großveranstaltungen von Jacques Chirac in der ersten Reihe gesessen. Man benötigt dieses Potenzial anscheinend auf dem rechten Rand der Konservativen, in deren Reihen einige Protagonisten ungeduldig zu werden beginnen - weil sie nicht regelmäßig durch den Störfaktor auf ihrer Rechten und die triangulaires am Wahlsieg gehindert werden mögen.

Le Pen wiederum legte am 23. Mai ultimativ nach und forderte in einem Le Monde-Interview die UMP ultimativ auf, Wahlabkommen für die Stichwahl mit seiner Partei abzuschließen. Damit aber hat er vielleicht mehr Türen zugeschlagen, denn geöffnet. Vorerst?

Hinzugefügt sei, dass nach einer Umfrage durch das SOFRES-Institut vom 23. und 24. Mai dieses Jahres 61 % der befragten RPR-Sympathisanten die durch Lepeltier geäußerte Position teilen. Allerdings erklären sich auch insgesamt 46 % der Befragten dafür, die bürgerliche Rechte solle ihre Kandidaten neben einem FN- und einem sozialdemokratischen Kandidaten aufrecht erhalten. 43 % äußern die entgegengesetzte Auffassung, 11 % haben keine Meinung dazu. Je nach parteipolitischer Sympathie der Befragen, kann diese Haltung unterschiedliche Gründe haben. Bei manchen der Befragten mag ihr das einfache Motiv zugrunde liegen, dass es „nicht gut für die Demokratie“ sei, wenn Rechte und Linke nicht mehr unterscheidbar seien (...den Grund dafür sollte man allerdings vielleicht eher bei ihrer, doch sehr ähnlichen, Wirtschaftspolitik suchen). Daneben erklären sich 22 % der befragten Gesamtwählerschaft damit einverstanden, dass die konservative Rechte u.U. Wahlabkommen mit den Rechtsextremen eingehen solle: 15 % wären dafür, diese Option „je nach den Umständen“ zu prüfen, weitere 7 % sind für ein globales Bündnisabkommen zwischen beiden politischen Lagern. 23 % jener Befragten, die ihre Nähe zum RPR bekunden, gehören zu jenen, die eine solche (teilweise oder umfassende) wahlpolitische Annäherung begrüßen würden – aber 89 % der Sympathisanten der extremen Rechten.

Der neue konservative Premierminister Jean-Pierre Raffarin hat unterdessen versprochen, es werde „weder beim ersten Wahlgang, noch zwischen den beiden Wahlgängen, keinerlei Manöver (der bürgerlichen Parteien) mit den Kandidaten des Extremisten geben“. Dies kündigte er in einem Interview mit dem konservativen Wochenmagazin „L’Express“ vom 30. Mai 02 an. Nun, am 17. Juni dieses Jahres – dem Tag nach dem zweiten Durchgang der Parlamentswahlen – werden wir klarer Bescheid wissen.

*Bernhard Schmid, Paris* ■

**Friedliche Massenproteste anlässlich des Bush-Besuchs – der Bundesausschuss Friedensratschlag bilanziert die Aktionen in einer Presseerklärung:**

# Die Friedensbewegung ist erstaunlich jung geworden



Große Zufriedenheit herrscht in den Reihen der Veranstalter der Proteste, die am 21. Mai (Berlin) und am 22. Mai im ganzen Bundesgebiet anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten stattgefunden haben. Die Teilnehmerzahlen bei der bundesweiten Demonstration in Berlin haben alle Vorhersagen übertroffen. Peter Strutynski, einer der Sprecher der bundesweiten „Achse des Friedens" sagte: „Eingehalten haben wir unser Versprechen, dass die Aktionen vollkommen friedlich verlaufen würden. Das öffentliche Gerede einiger Politiker im Vorfeld der Demonstrationen war eine unverantwortliche Stimmungsmache. Seit über zwanzig Jahren pflegt die Friedensbewegung in der Bundesrepublik eine Demonstrationskultur der Gewaltlosigkeit, an der sich die Politik ruhig auch einmal ein Beispiel nehmen sollte."










Die Friedensaktionen zeichneten sich durch die Teilnahme vieler junger Menschen aus. Hoffentlich ist damit das gelegentliche Mediengerede von „Opas Friedensbewegung" nun verstummt. Die Jugend lässt sich offenbar nicht mehr mit den Kategorien der „Freizeit"- oder „Spaßgesellschaft" beschreiben. Sie ist engagiert und macht sich ihre eigenen Gedanken über die Zukunft unserer Erde. Damit gerät sie unweigerlich in Widerspruch mit der herrschenden Politik der Führungsmacht der westlichen Welt.

Die Friedensbewegung ist politischer und entschiedener geworden als sie es in den 80er Jahren war. Sie kritisiert nicht den US-Präsidenten punktuell nur wegen dessen Kriegsvorbereitung gegen den Irak, sondern nimmt die globale Politik der USA und der übrigen G7-Staaten ins Visier.

Die Redner auf der Kundgebung in Berlin wie Jean Ziegler, Rolf Wischnath und Horst Schmitthenner haben das genauso unterstrichen wie etwa der Sänger Konstantin Wecker mit seiner Band.

Die Aktionen der Friedensbewegung wurden am 22. Mai, mit dem „Bush-Trommeln für den Frieden" im ganzen Land fortgesetzt. Aus 60 Orten sind uns lokale und regionale Aktionen gemeldet worden – erfahrungsgemäß ist das nur ein kleiner Teil dessen, was tatsächlich stattfand. Viele Tausend Menschen sind also unterwegs gewesen, haben Mahnwachen, Demonstrationen und Kundgebungen veranstaltet und haben – zeitgleich im ganzen Land – um 18 Uhr mit Trommeln, anderen Instrumenten und Kochtöpfen Lärm gemacht. Es sollte bis an Bushs Ohren dringen – das dürfte auch gelungen sein. Aktionen – die uns gemeldet wurden – fanden statt in:

Aachen, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Hersfeld, Belzig, Bergisch-Gladbach, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Cochem, Cottbus, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a.M., Freiberg (Sachsen), Freiburg, Fulda, Göttingen, Hagen, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Heilbronn, Herne, Karlsruhe, Kassel, Kastellaun (Hunsrück), Kiel Koblenz, Köln, Leipzig, Lüdenscheid, Mannheim, Marburg, München, Münster, Nottuln, Nürnberg, Oldenburg, Potsdam, Rotenburg a.d.Fulda, Siegen, Simmern/Hunsrück, Stuttgart, Stuttgart-Vaihingen, Trier, Tübingen, Waiblingen, Wiesbaden, Wiesloch, Wolfsburg, Worms, Wuppertal, Würzburg.

Die Kritik der Friedensbewegung richtete sich nicht nur an die Adresse der USA, sondern auch an die der Bundesregierung. Gefordert wird, dass sie ihre verhängnisvolle Politik der „uneingeschränkten Solidarität" mit den USA aufgibt und sich für eine zivile Politik der Terror- und Verbrechensbekämpfung stark macht. Gerade im Wahljahr werden die Ansprüche der Wähler an Rot-Grün, zu ihrer vor vier Jahren versprochenen „Friedenspolitik" zurückzukehren, immer lauter. Strutynski: „Wer auf die Friedensbewegung nicht hört, wird Stimmen verlieren."

Auf helle Empörung bei den Friedensdemonstranten ist die Nachricht gestoßen, dass eine als liberal eingeschätzte überregionale Tageszeitung es abgelehnt hat, einen Aufruf der Friedensbewegung („Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ... Wir wollen überhaupt keinen Krieg") als bezahlte Anzeige zu veröffentlichen.

Beim Bundesausschuss Friedensratschlag, der die Anzeige organisiert hatte, treffen seit Tagen unaufhörlich Kopien von Protestbriefen gegen den Zeitungsverlag und Abo-Kündigungen ein. Der Sprecher des Friedensratschlags wertete die völlig überraschende Verweigerung der Verleger als einen „Maulkorb" für die Friedensbewegung und als einen „eklatanten Verstoß gegen die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit".

*Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Dr. Peter Strutynski (Sprecher) (gleichzeitig einer der Sprecher der „Achse des Friedens", welche die bundesweite Kundgebung in Berlin organisiert hat)* ■

# Der Stachel im Zentrum

**Ein politischer Reisebericht von einem (Konferenz-)Besuch in New York im April 2002**
**von Tobias Pflüger * (gekürzt)**

Eine große, lebendige, multikulturelle Stadt, zuerst deutet nichts daraufhin, dass hier das passiert ist, was die Welt im 21. Jahrhundert angeblich grundlegend verändert hat. Hier in New York in der ehrwürdigen Cooper Union for the Advancement of Science and Art, fand vom 12. bis 14. April 2002 die Socialist Scholar's Conference (SSC) statt (www.socialistscholar.org). Die Socialist Scholar's Conference gilt als das größte jährliche Treffen der US-Linken. Organisator/inn/en der Socialist Scholar's Conference ist die Partei Democratic Socialists der USA, also Sozialdemokrat/inn/en. (Doch in den USA öffnen Sozialdemokrat/inn/en sich nach links und nicht wie in Deutschland fast ausschließlich nach rechts…) Die organisatorische Vor- und Hintergrundarbeit liegt wesentlich in den Händen von Eric Canepa vom New Yorker Brecht Forum (www.brecht-forum.org). Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) der PDS hat 2002 zur Socialist Scholar's Conference zum zweiten Mal eine Delegation gesandt. Dieser Delegation gehörten Rainer Rilling, Frank Deppe, Michael Chrapa, Sabine Nuss, Mario Candeiras, Andreas Merkens, Claudia Haydt und ich an.

Wir waren gespannt, wie hier im Zentrum, hier in New York, die Folgen des 11. September und der Afghanistankrieg diskutiert würden. ... In der Great Hall der Cooper Union, in dem Saal in dem Abraham Lincoln am 27.2.1860 seine sogenannte Cooper Union Address hielt und damit als Präsidentschaftskandidat der Republikaner im Spiel war, eröffnete der raubeinige Soziologieprofessor Bogdan Denitch in einem Saal vor fast 2000 (!) Menschen die Socialist Scholar's Conference. Am eindrücklichsten war die Rede des britisch-pakistanischen Autors Tariq Ali, der kurz zuvor ein neues (sehr gutes!) Buch vorgelegt hatte: „Clash of Fundamentalisms", der Zusammenprall der Fundamentalismen (also Plural!). Gemeint sind damit der islamische Fundamentalismus und der (christliche? oder besser christlich begründete) Fundamentalismus des US-Präsidenten bzw. der US-Gesellschaft. Tariq Ali schaffte es differenziert und zugespitzt die US-Kriegspolitik zu kommentieren und zu kritisieren. Er nannte ein eindrückliches Beispiel für die innenpolitischen Auswirkungen der Kriegspolitik. Aus Pakistan stammende Taxifahrer versuchten mit dem Aufhängen von US-Flaggen in ihren Wagen ihre Loyalität mit den USA unter Beweis zu stellen, das half einem Teil wenig, sie wurden als Verdächtige abgeschoben.

... Am spannendsten war für mich die Diskussion auf dem hervorragend besuchten Panel „Europe Versus America: Will Europe Follow the U.S. Into Iraq?" an der ich neben Susan Woodward, Tariq Ali, Gilbert Achcar aus Frankreich, Gerald Horne und James B. Chapin von United Press International teilnehmen durfte / sollte. Zentrale Fragen der Diskussion waren: Wann beginnt der Krieg gegen den Irak? Mit welchem Vorwand wird er von der US-Regierung begründet werden? Welche strategischen Gründe veranlassen die US-Regierung den Irak-Krieg zu planen? und Wer wird mit der US-Regierung im Angriffskriegs-"Boot" sein? Und nicht zuletzt: Was kann



man/frau dagegen tun, dass dieser Krieg von den westlichen Regierungen vom Zaun gebrochen wird? In den Analysen waren sich die Podiumsteilnehmer/innen fast einig, ich beschreibe es mit meinen Worten, ähnlich wie ich es in New York referiert hatte: Der Irakkrieg ist fertig geplant, es gibt nur noch drei ungünstige Konstellationen für die US-Regierung:

◗ Ariel Scharon hat die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten so eskaliert, dass ein jetziger Angriff auf den Irak es den westorientierten Eliten in fast allen prowestlichen arabischen Staaten verunmöglicht, einen US-Krieg gegen den Irak zu unterstützen.

◗ Der Afghanistankrieg ist noch nicht in einer Phase, in der die US-Regierung sagen könnte, sie konzentriert ihr „bestes" Militär vollständig auf einen anderen Ort des Geschehens. Auch ist derzeit in zentralen Bereichen die Munition „ausgegangen".

◗ Wenn der Irakkrieg ein Koalitionskrieg sein soll, also wenn an der Seite der USA Truppen von anderen Staaten kämpfen sollen, muss eine Kriegskoalition geschmiedet werden. Bisher hat nur die britische Regierung eindeutig und öffentlich Kriegszustimmung signalisiert.

Das Problem der rot-grünen deutschen Regierung ist einzig und allein, dass der Irakkrieg – für den sie ansonsten klare Zustimmung signalisiert haben – und der von einer sehr deutlichen Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung abgelehnt wird, vor der Bundestagwahl beginnen könnte. Dann kann rot-grün die Wahlen nicht mehr gewinnen, Wahlenthaltungen und die PDS werden dann deutlich zulegen. Die versammelten US-Fachleute waren sich einig, Deutschland müsse auf jeden Fall neben Großbritannien mit ins Kriegsboot. Das mit den Wahlen wäre zwar allein nicht ausschlaggebend, aber in der Kombination aller drei Gründe müsse eben der Kriegsbeginn dann auf Frühjahr verschoben werden. Die New York Times bestätigte dieses Szenario kurz darauf (28.04.)

Auch in der versammelten US-Linken war klar, wenn jemand den Krieg noch stoppen kann, dann eine starke Antikriegsbewegung. Immer wieder war in den Diskussionen von der damals geplanten US-weiten Großdemonstration gegen den Krieg am 20. April 2002 in Washington die Rede. Es gab nicht nur eine Einladung an diesem wichtigen Ereignis teilzunehmen. Die erfolgreiche Demonstration hatte 100.000 (!) Teilnehmer/innen, allerdings verschob sich aufgrund der aktuellen Ereignisse die politische Stoßrichtung weg von Bush und Richtung Scharon.

... Die Friedensbewegung und die Linken in den USA haben eine Herkulesaufgabe, doch nach unserem Besuch bin ich etwas zuversichtlicher. Es gibt die US-Linke, es gibt die US-Friedensbewegung und beide sind stärker und selbstbewusster als in der derzeitigen Situation vermutet. In einem Gespräch am Rande der Konferenz – an einem der unzähligen Büchertische – sagte mir ein alter Mann: „George W. Bush hat jetzt überzogen, z.B. mit seiner Formulierung der „Achse des Bösen", wir (also die US-Linke und die US-Friedensbewegung, T.P.) bekommen jetzt immer mehr Zulauf."

Wir alle wissen, die politischen Kämpfe werden meist in den Zentren entschieden, häufig sind die Opfer der globalen Kriegspolitik in der Peripherie. Bei der derzeitigen Kriegspolitik ist die USA entscheidendes Zentrum und in diesem Zentrum kämpft eine US-Linke und eine US-Friedensbewegung, der wir nur alles Gute wünschen können. Sie sind „der Stachel im Zentrum".

Doch wir selbst leben – nicht nur bezüglich Europa – ebenfalls in einem entscheidenden Zentrum. Wir müssen hier vor allem gegen die deutsche Kriegspolitik politisch arbeiten. Offensichtlich ist der deutsche Kriegs-Debuty – z.B. für einen Angriff auf den Irak – entscheidend.

Die Demonstrationen in Berlin und bundesweit gegen die Kriegspolitik der Regierungen der USA und Deutschlands anlässlich des Besuchs von US-Präsident George W. Bush sind deshalb – auch als Unterstützung für die US-amerikanische Friedens- und Antikriegsbewegung – absolut notwendig.

*Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07072-49154, Fax: 07071-49159, e-mail: IMI@imi-online.de Internet: http://www.imi-online.de*

# Wer sind die Le Pen-Wähler? / II. Teil (von dreien)

### Gewerkschaftsnähe und Stimmabgabe für die extreme Rechte

Anscheinend hat die Gewerkschafts-Nähe der abhängig Beschäftigten keinen definitiv wirksamen Schutzfaktor dargestellt. Das Institut CSA und die sozialpolitische sowie -rechtliche Zeitschrift ‚Liaison sociales' hatten am 21. April eine repräsentative Auswahl von Wählern nach ihrer Gewerkschaftsnähe und ihrem Stimmverhalten befragt. Die Ergebnisse, die dabei herauskommen, zeichnen ein durchaus plausibel erscheinendes Bild, achtet man auf die Gesamtverteilung der jeweiligen Stimmblöcke über die politische Landschaft. So favorisieren die Sympathisanten der linksalternativen Basisgewerkschaft SUD die trotzkistische radikale Linke. Beim Gewerkschaftsbund CGT verteilt sich das Stimmenpaket in etwa gleichmäßig über die radikale Linke, die KP und die Sozialdemokratie. Hingegen verteilen sich die Stimmen der Sympathisanten des sozial-liberalen Gewerkschaftsbunds CFDT zu ungefähr gleichen Teilen auf die Sozialdemokratie und die liberal-konservative Rechte. Letztere wird durch über 60 Prozent der Anhänger der CGC (Gewerkschaft der höheren und leitenden Angestellten) gewählt. Uns interessiert in diesem Zusammenhang aber vor allem die Stimmabgabe für Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret. Vorausgeschickt sei dabei, dass die Umfragemacher natürlich nicht ihre Gewerkschafts-Mitgliedskarte von den Befragten verlangt haben. Das bedeutet, dass ihre „Gewerkschaftsnähe" auf subjektiven Angaben, und mitunter vielleicht auf recht diffusen Sympathien beruhen kann. Man kann vermuten, dass diese Angaben in etwa das Wahlverhalten bei Betriebsrats- oder Arbeitsgerichts-Wahlen widerspiegeln.

Das Votum für die beiden rechtsextremen Kandidaten ist demnach bei dem (ziemlich weit rechts stehenden), kleinen katholischen Gewerkschaftsbund CFTC am stärksten, mit 24 Prozent (19 % Le Pen, 6 % für den stärker um konservative Sympathien buhlenden Mégret). Bei den Sympathisanten des drittgrößten, reformistisch-"unpolitischen", Gewerkschaftsbunds FO (Force Ouvrière) beträgt die Stimmabgabe für die extreme Rechte demnach 18 Prozent (davon 15 Prozent für Le Pen). Bei der Präsidentschaftswahl 1995 hatten 19 Prozent der FO-Sympathisanten für Le Pen gestimmt. Und bei der CGC, dem Dachverband der höheren Angestellten, stimmen 15 Prozent für die extreme Rechte (12 % Le Pen, 3 % Mégret). Diese Größenordnungen decken sich, in den drei Fällen, ungefähr mit jenen von 1995.Zugenommen hat hingegen die Stimmabgabe für die Rechtsextremen unter den Sympathisanten des in etwa (rechts)sozialdemokratischen Gewerkschaftsbunds CFDT, und des ehemals KP-nahen Dachverbands CGT. Im April 1995 hatten noch 6 Prozent der CFDT- und 7 Prozent der CGT-Sympathisanten angegeben, für Le Pen zu stimmen. Dieses Mal ist die Zahl gewachsen, auf 12 % unter den CFDT-Anhängern (davon 10 % für Le Pen) und 13 Prozent in der Umgebung der CGT (darunter 12 % zugunsten von Le Pen).

### Mittelschichten und Le Pen-Wähler

Den Anteil der Le Pen-Wählerschaft unter den traditionellen Mittelschichten (Klein- und mittelständische Unternehmer, Handwerke, kleine Geschäftsbesitzer) zu bestimmen, scheint bei der diesjährigen Wahl keine leichte Sache darzustellen. In den 80er Jahren hatten diese Schichten die mit Abstand größten Bataillone unter den rechtsextremen Wählerschaft gestellt. Die Hauptursache dafür war die Krise des konservativen sozialen Blocks, der in den 70er Jahren eingesetzt hatte, weil – im Zuge der Grenzöffnung innerhalb der EG (späteren EU) und der zunehmenden transnationalen Konkurrenz – die in Frankreich noch besonders stark repräsentierten, klassischen Mittelschichten unter die Räder der ökonomischen Entwicklung zu geraten begannen. Ähnlich galt für die, in Frankreich gegenüber der BRD damals noch recht zahlreichen, Landwirte. Diesem traditionellen Mittelstand hatte Le Pen zum größeren Teil die erste Serie seiner Wahlerfolge (1984 - 86) zu verdanken.

Das war, bevor Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre ein zweiter Schub zugunsten von Le Pen einsetzte, der zu einer „Proletarisierung" der rechtsextremen Wählerschaft führte. Arbeiter- und arbeitslose Wähler, die sich durch die Linksparteien aufgegeben fühlten, begannen massiv für die extreme Rechte zu stimmen. Die Krise und das Ende des „real existierenden Sozialismus", der im französischen KP-Milieu teilweise immer noch das gesellschaftliche Leitbild dargestellt hatte, haben dazu ab Ende der 80er Jahre massiv beigetragen – aber ebenso die Konvertierung der Sozialdemokratie zu neoliberalen Dogmen, die ab 1988 (Wiederbeginn ihrer Regierungsbeteiligung) offenkundig wurde. Der Einbruch der extremen Rechten in diese Wählerschaft erfolgte vor allem in den Jahren 1989 bis 1995. Heute setzt er sich zwar fort, doch hat kein neuer qualititativer Sprung stattgefunden.

Unterdessen scheint seit 1997 (Scheitern der konservativen Regierung Chirac/ Juppé) auch ein Teil der ehemaligen bürgerlichen Le Pen-Wählerschaft zur extremen Rechten zurückzukehren. Doch richtige Klarheit lässt sich über das Ausmaß dieses Phänomens bei der Wahl 2002 nicht herstellen. So stimmten der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro' zufolge 19 % der Kategorie „Handwerker, Geschäftsleute, Kleinunternehmer" am 21. April für Le Pen. Hingegen waren es der linksliberalen Tageszeitung ‚Libération' zufolge nicht weniger als 31,9 %. Die Schwierigkeiten bei der genaueren Bestimmung dieser Wählerschaft können auch darauf zurückzuführen sein, dass man in diesen sozialen Schichten die Meinungsbefrager noch stärker belügt als in anderen Teilen der Gesellschaft. Dieser „Sport" ist unter den Le Pen-Wählern ohnehin verbreitet (alle Umfragewerte für Le Pen werden durch die Umfrageinstitute um bis zu 200 Prozent nach oben korrigiert), nicht nur aus „Schameffekt". Sondern auch aus grundsätzlichem Misstrauen und weil gerade dieses Publikum davon überzeugt ist, dass Journalisten und Politiker genauso wie Meinungsforscher ohnehin „alle lügen".

Klar unterdurchschnittlich hingegen sind die Le Pen-Werte in jedem Fall bei allen intellektuellen Berufen, unter Studierenden, unter höheren Angestellten und in vielen sozialen Berufen. Hier liegen die Spitzenwerte erkennbar unter 10 Prozent.

### Generationsmäßige Verteilung

Auch über die generationenmäßige Verteilung herrscht keine völlige Klarheit, da die Zahlen vor allem für die Jungwähler (18 bis 24 Jahre) von Statistik zu Statistik mitunter deutlich abweichen. Für den ersten Wahlgang vom 21. April scheinen zwei Dinge festzustehen : Erstens, die älteren Generationen ab 65 Jahren aufwärts wählten in schwächerem Maße Le Pen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass hier noch ein eigenes Erleben dessen, was Krieg und Faschismus bedeuten, vorhanden ist. Am stärksten Le Pen wurde im ersten Wahlgang in jenen Generationen gewählt, die in der zweiten Hälfte ihres Arbeitslebens stehen, mit einem Schwerpunkt um die 50 Jahre.

Für die jüngste Generation der WählerInnen (18 bis 24 Jahre) variieren die Angaben von 12 Prozent für Le Pen (Libération) bis 22 Prozent für Le Pen/Mégret (La Tribune), wobei man sich in den meisten Artikeln der darauffolgenden Zeit anscheinend auf eine mittlere Angabe von 16 Prozent geeinigt hat. Dieser Prozentsatz bezieht sich aber nur auf die Wählenden - 37 bis 40 Prozent in dieser Generation haben im ersten Wahlgang gar nicht gestimmt.

Fest scheint aber zu stehen, dass die Gegenkräfte gegen die Neofaschisten und ihre (nicht nur ihre....) rassistischen Ideen in den jüngsten Generationen besonders stark verbreitet sind, wie die täglichen Demonstrationen zwischen den beiden Wahlgängen und die Mobilisierungen in Schulen und Universitäten gezeigt haben. Eine gewisse Resistenz erklärt sich wohl auch daraus, dass die laizistische französische Schule (mit eingliedrigem Schulsystem, anders als in der BRD) für sie tatsächlich eine gewisse melting pot-(Schmelztiegel-)Rolle gespielt hat. *Bernhard Schmid* ■

***Dritter und letzter Teil folgt:Immigranten und Stimmabgabe für die extreme Rechte; ideologische Faktoren und Themen, die die Wahl von Le Pen/Mégret favorisierten; Veränderungen zwischen dem ersten Wahlgang und der Stichwahl vom 5. Mai.***




ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

KÖLN. Fast 700 Teilnehmer kamen am Samstag, den 25. Mai auf dem Ebertplatz, um gegen das Ausländer-Zentralregister (AZR) aber auch gegen das Kalker Containerlager zu protestieren. Bereits am frühen Morgen versammelten sich einige Hundert vor dem AZR und protestierten gegen dessen Abschiebepolitik. Aus ganz NRW waren die Teilnehmer angereist, darunter sehr viele junge Menschen. Antirassistische und antifaschistische Organisationen hatten zur Demonstration aufgerufen, darunter „kein mensch ist illegal“ und die AntifaK aus Köln, Radikale Linke und die PDS waren auch gekommen. Wegen dem Tod von Stefan Neisius, der bei seiner Festnahme so geschlagen wurde, dass er wenige Tage sspäter starb, änderten die Veranstalter kurzfristig das Programm und führten vor der Polizeiwache am Breslauer Platz eine Kundgebung durch. In eindrucksvollen Worten sprach ein Freund von Stefan Neisius. Wilfried Schmickler schilderte den Tathergang und Rechtsanwalt Hartmann kritisierte die Politik von Polizeidirektor Sengespeik, auch „Senge“ genannt. Anschließend zog die Demonstration zum Altermarkt. Am Nachmittag fand dann noch ein Solidaritätskonzert am Containerlager in Kalk statt. *jöd* ■




ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

## Leerstehendes Haus besetzt

KÖLN. Aus Protest gegen die menschenunwürdige Unterbringung der Flüchtlinge im Kalker Containerlager, andererseits aber jahrelangem Wohnungsleerstand, besetzte die Initiative „Kein Mensch ist illegal“ mit Hilfe zahlreicher Unterstützer(innen) am 27. Mai ein Haus in der Uracher Straße in Bilderstöckchen.

Während dort seit Jahren ungefähr 100 Wohnungen, die sich meist im Besitz des Bundesverwaltungsamtes befinden, leerstehen und verrotten, leiden die in den Kalker Containern untergebrachten Flüchtlinge unter verschiedenen Haut- und Infektionskrankheiten. Die Stadt aber möchte Menschen, die der Not in ihrer Heimat entfliehen wollen, abschrecken – sie weigert sich, sie menschenwürdig unterzubringen. In den leeren Wohnungen im Kölner Norden wäre das ohne weiteres möglich. „Kein Mensch ist illegal“ fordert in diesem Zusammenhang nicht nur die „sofortige Schließung des Containerlagers in Köln-Kalk, stattdessen Unterbringung der Flüchtlinge in der Uracher Straße, sondern auch das Recht der Betroffenen sich selbst zu verpflegen (und die nötigen finanziellen Mittel dafür) und eine prinzipielle Änderung der auf Abschreckung zielenden Kölner Flüchtlingspolitik. *tri* ■

## Deutschland Lagerland: Ausreisezentren verhindern! – Bleiberecht und Papiere für alle!

MÜNCHEN. Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“, der „Bayerische Flüchtlingsrat“ und „res publica“ waren die Hauptorganisatoren der Kundgebung und Demonstration am Samstag, den 25. Mai, die von über 40 Organisationen und Persönlichkeiten unterstützt wurde. Und so waren es gut 1000 Menschen, die vom Stachus aufbrachen, um ihren Protest zum Innenministerium zu tragen. Auf der Auftaktkundgebung hatte zunächst ein Vertreter der „Karawane ...“ die geplanten Verschärfungen der Rechtslage und Praxis für Asylsuchende im Rahmen des „Zuwanderungsgesetzes“ charakterisiert und angeprangert. Ein Betroffener aus Halberstadt berichtete von den dortigen Erfahrungen mit dem Widerstand gegen die sog. „Ausreisezentren“. Eine Vertreterin der PDS erklärte die Solidarität mit der Kundgebung. Vor dem Innenministerium sprach ein Vertreter des „Bayerischen Flüchtlingsrates“. Dann wurde eine Resolution gegen die geplanten Maßnahmen, die sich an das bayer. Innenministerium richtet, von den Versammelten per Akklamation verabschiedet. *M.B.* ■

## Abschreckung bei der Einbürgerung in Bayern

MÜNCHEN. „Die Zahlen machen es deutlich: Bayern unternimmt alles, um das neue Staatsangehörigkeitsrecht zu unterlaufen. Mit Schikanen versucht man die Menschen von der Einbürgerung abzuschrecken, um sie dann als integrationsunwillig zu diskreditieren“, sagte am 10. Mai Elisabeth Köhler, migrationspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. Nach einer Statistik der Humboldt-Universität Berlin habe Bayern im Jahr 2000 mit 1,84 % der ausländischen Bevölkerung die niedrigste Einbürgerungsquote der alten Bundesländer. Die Zahlen für das Jahr 2001, die im Sommer herausgegeben werden, ließen einen weiteren Rückgang der Einbürgerungen erkennen. Ein wichtiger Grund liege in den in Bayern sehr restriktiv durchgeführten Sprachtests. Die Durchfallquote

betrage bayernweit ca. ein Drittel, Tendenz steigend. Weiter hätten die Einbürgerungswilligen mit einer ganzen Reihe von Problemen bei den Einbürgerungsbehörden zu kämpfen, so würden Sprachzertifikate, die bei anerkannten privaten Sprachenschulen abgelegt werden, nicht automatisch anerkannt.

*B90/Die Grünen* ■

## CDU und FDP wollen die Aussonderung

Frankfurt/M.. Die Landesregierung Hessen und die sie tragenden Parteien betreiben eine Politik der gezielten Diskriminierung von Kindern ausländischer Herkunft an den Schulen. Was u.a. mit der Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts begann, setzte sich mit dem vor einigen Wochen verabschiedeten 2. Gesetz zur Qualitätssicherung an Hessischen Schulen fort. Nicht nur, dass die Förderung der „Zweisprachigkeit“ aus dem Schulgesetz gestrichen wurde. Ab sofort ist es sogar möglich, dass Kinder bei Schulbeginn mit der Begründung „mangelnder Deutschkenntnisse“ zurückgestellt werden können. Die Kommunale Ausländervertretung hatte gegen die Novelle protestiert und die Landesregierung aufgefordert, das Gesetz zurückzunehmen.

Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung stand ein Antrag der FDP, der den Magistrat auffordert, sich für die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen einzusetzen. Das Ansinnen, die frühzeitige soziale und kulturelle Ausgrenzung und Separierung zu forcieren, fand dort allerdings keine Mehrheit. *ola* ■

## Olympiastadt Hamburg: Tolerant, weltoffen und migrantenfeindlich?

Hamburg. Der Erste Bürgermeister Ole von Beust preist Hamburg als weltoffene, liberale Stadt, die sich „aus gutem Grund eine fremdenfreundliche Stadt nennen“ darf, und wirbt damit für die Stadt als Austragungsort für die Olympischen Spiele.

Der Zweite Bürgermeister Innensenator Ronals Schill agitiert gleichzeitig auf seinem Bundesparteitag in Hamburg in kaum verhüllter Fremdenfeindlichkeit damit, dass „eine unkontrollierbare Einwanderung von Menschen, die nicht integrierbar sind“, drohe, und verschärft ein latent vorhandenes fremdenfeindliches Klima in der Hamburger Gesellschaft. Weder Ole von Beust als Senatspräsident noch der CDU-Landesvorsitzende Dirk Fischer oder die FDP-Spitze im Senat und der Bürgerschaft distanzieren sich davon.

Im Gegenteil, der neue Hamburger Senat stellt seine Migrationspolitik demonstrativ unter das Zeichen des Rückschritts:

- Massive Kürzungen im Begegnungsstättenbereich
- keine Förderung der Sozialberatung für Migranten mehr
- Abschaffung des Amtes der Ausländerbeauftragten
- Verlagerung der Zuständigkeit für die Unterbringung von Flüchtlingen in die Innenbehörde mit dem Ziel einer verstärkten Abschiebungsmöglichkeit
- ein Integrationskonzept, das seinen Namen nicht verdient
- Schaffung eines ehrenamtlichen Integrationsbeirats, von dem keiner weiß, was er tun soll und welche Rechte er hat.

Das sind nur einige Beispiele für die neue Migrationspolitik der „Olympiastadt Hamburg“.

Dagegen wehren wir uns!!!

**Wir rufen auf zu einer Demonstration am 7. Juni Treffpunkt ist 15.00 Uhr am Dammtor/ Moorweide. Die Abschlusskundgebung wird um 18.00 Uhr auf dem Rathausplatz stattfinden.**

Partnerschaft für Integration,Deutscher Gewerkschaftsbund, ver.di, Bündnis Türkischer Einwanderer, Verein zur Förderung der Integration, Rat der islamischen Gemeinschaften – Schura, Bündnis islamischer Gemeinden, Rat der Afghanen in Norddeutschland, Afghanische Gemeinschaft, Koordinierungsrat des Iranischen Vereins in Hamburg, Hamayesh, Volkshaus der Türkei e.V




## Pro Asyl warnt: Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen!

Frankfurt a.M. Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge warnt den bayerischen Innenminister Beckstein vor einem Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen. Mit falschen Fakten wie Deutschland sei „wieder Hauptzielland von Asylbewerbern“ in Europa (9. Mai 2002) versuche der Schatteninnenminister Beckstein den Einstieg in die Neuauflage eines Wahlkampfes auf dem Rücken von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Pro Asyl hält Fakten dagegen: „Setzt man die Zahl der Asylsuchenden in Relation zur Gesamtbevölkerung, dann liegt die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2001 erst auf Platz 9 aller EU-Mitgliedsstaaten. Wie Beckstein zu seiner steilen These, Deutschland sei Hauptzielland von Asylbewerbern, kommt, bleibt sein Geheimnis. Auch die Aussage, nur ca. 15 % der Antragsteller würden als Asylberechtigte anerkannt werden oder zumindest vorübergehenden Schutz erhalten, ist sachlich falsch. Im Jahr 2001 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge insgesamt 24,4 % aller Antragsteller als schutzbedürftig eingestuft und ihnen eine Flüchtlingsanerkennung bzw. Abschiebeschutz gewährt. Lässt man all die Fälle unberücksichtigt, in denen es aus formalen Gründen nicht zu einer Entscheidung kam (z.B. Weiterwanderung der Flüchtlinge), beträgt die Schutzquote des Bundesamtes sogar 32 %. Hinzu kommen die Anerkennungen aufgrund der Gerichtsentscheidungen, die Beckstein ebenfalls nicht berücksichtigt. „Es gibt somit keine sachlichen Indizien für die Suggestion, die Mehrzahl der Flüchtlinge missbrauche in Deutschland das Asylrecht“, sagte Günter Burkhardt von Pro Asyl.

Die Forderung Becksteins nach „europäischen Verteilungsquoten“ betrachtet Pro Asyl als realitätsfern. Sie zeuge von mangelnder Sachkenntnis. Niemand diskutiere zur Zeit auf europäischer Ebene eine solche Regelung. Anstatt jahrelang gegen die europäische Gesetzgebung zu opponieren und mit Positionen von vorgestern die innenpolitische Debatte aufzuheizen, solle sich Innenminister Beckstein ernsthaft mit den aktuell vorliegenden Richtlinienvorschlägen der EU-Kommission auseinandersetzen. „Wer ein europäisches Asylrecht will, muss die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt zur Anwendung bringen und im Gegensatz zu Beckstein zum Beispiel für die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung als Asylgrund im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention eintreten.“

*www.proasyl.de* ■

## Autobiographie einer Rechtsterroristin: Ein „weiblicher Robin Hood" sprang ab

Unter die Autoren gegangen ist die frühere Rechtsterroristin Christine Hewicker. Sie veröffentlichte im Oldenburger Igel-Verlag das Buch „Die Aussteigerin", das den Untertitel „Autobiographie einer ehemaligen Rechtsextremistin" trägt. Auf 200 Seiten beschreibt die mittlerweile 43-Jährige ihren politischen Werdegang. Der führte sie in die Fänge der rechtsextremistischen NPD, später zu gewalttätigen Neonazis und dann für einige Jahre ins Gefängnis.

Unter rechtsextremistischen Einfluss geriet Christine Hewicker bereits mit 14 Jahren. Ein ehemaliger Mitschüler ihres ältesten Bruders war aus Berlin in das 2.000-Seelen-Dorf in Niedersachsen zurück gekehrt, in dem Christine lebte. Er machte Propaganda für die NPD und zog neben vielen Jugendlichen ihre Brüder und in deren Gefolge den Teenager Christine in seinen Bann. Dass der NPD-Mann so erfolgreich sein konnte, hatte angeblich auch mit negativen Erfahrungen zu tun, die die Dorfbewohner mit englischen Soldaten machen mussten. Diese Militärs wurden als Besatzer empfunden, schildert Christine Hewicker.

Ihre persönliche Abneigung gegen die „Besatzer" steigerte sich noch, als ihr Bruder Uwe, Mitglied der NPD, bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam. Ihn hatte ein englischer Soldat unter Alkoholeinfluss verursacht.

Ihre Aufgeschlossenheit für braunes Gedankengut erklärt sich die Autorin mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn:

„Nicht die Vergangenheit, nicht Hitler und seine Machenschaften waren der Inhalt meiner politischen Einstellung, sondern vielmehr der Wille, die Ungerechtigkeiten, die in der ganzen Welt herrschten, zu beseitigen."

Eine große Rolle dürfte aber auch ein gewisser Geltungsdrang gespielt haben. Als Aktivistin der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) betrieb Christine Hewicker Straßenagitation in einigen norddeutschen Städten. Meistens machte sie mit einem „Kameraden" gemeinsame Sache, der rhetorisch gut geschult war. „Wie wichtig kam ich mir vor", schreibt Hewicker in ihrem Buch, „wenn ich etwas ‚Intelligentes' mit einwerfen konnte. Ja, ich war Wer!"

Dass sie überhaupt im ultrarechten Lager landen konnte, lastet Christine Hewicker auch der Schule an. Die Schülerin Christine interessierte sich nämlich brennend für das Fach Geschichte. Doch der Unterricht krankte nach ihrer Erinnerung an einer oberflächlichen Behandlung der nationalsozialistischen Geschichte. Der Autobahnbau, der Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen und die Konzentrationslager wurden gestreift – und das war es dann auch. Der Vorwurf an die Adresse der Lehrer und der Lehrbuch-Verantwortlichen: „Jedenfalls wurde das Thema ‚Adolf Hitler' nicht so intensiv behandelt, dass man sich eine politische Meinung hätte bilden können, um die Politik des Dritten Reiches bewusst ablehnen zu können."

Durch persönliche Kontakte aus dem NPD- und JN-Spektrum geriet die junge Frau immer stärker in ein militantes Fahrwasser. Schon bald freundete sie sich mit den Neonazi-Führern Michael Kühnen und Christian Worch an. Von ihnen zeigte sie schwer beeindruckt. Der Grund: „Sie waren zielstrebig und wussten, was sie wollten. Sie waren nicht so spießig und ängstlich wie die meisten in der NPD, und sie nahmen mich gerne in die Gruppe auf, die sie jetzt mit anderen Freunden bildeten."

1977 lernte Christine Hewicker ihren späteren Ehemann Klaus-Dieter kennen, der damals noch als NPD-Kreisvorsitzender in Wolfsburg fungierte. „Mit meiner Freundschaft zu Klaus änderte sich mein Leben dann sehr", heißt es in „Die Aussteigerin". Dieses Leben war von ständiger Geldnot und häufigen Hausdurchsuchungen der Polizei gekennzeichnet. Zugleich näherte sich Christine Hewicker immer stärker der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) von Kühnen und Worch an.




In ihrer ideologischen Entwicklung stark beeinflusst wurde sie von Kurt Wolfgram. Er hatte, so behauptet es zumindest die Autorin, „eigentlich ständig Judenwitze oder antisemitische Sprüche auf Lager. Wenn man fast tagtäglich davon hört, wie niederträchtig die geldgierigen Juden mit dem deutschen Volk umgehen, glaubt man irgendwann auch an die Richtigkeit der Darstellungen." Irgendwann wehre man sich dann nicht mehr gegen den Rassenhass, so Hewicker. Diese Entwicklung führte zu Fanatismus pur: „Ich stellte fest, dass eigentlich grundsätzlich alle Menschen – außer denen, die der extremeren rechten Szene angehörten – sich zum Ziel gemacht hätten, mich fertig zu machen. Und genau das wollte ich nicht zulassen. Also drehte ich den Spieß um." Dabei merkte Christine Hewicker nach ihren eigenen Worten nicht, „wie weltfremd und einsam ich wurde". Sie habe ihr Ziel aufgegeben, für mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu kämpfen und stattdessen einen persönlichen Kampf gegen den bundesdeutschen Staat geführt.

Kurt Wolfgram war einer von zwei Rechtsterroristen, die am 20. Oktober 1981 nach einem Schusswechsel mit der Polizei getötet wurden. In Begleitung mehrerer Gesinnungsgenossen war er auf dem Weg zu einem Banküberfall. Sie hatten sich ein Kreditinstitut ausgesucht, das bereits zuvor ihr Ziel gewesen war, damals erfolgreich. Verwickelt in diesen Banküberfall: Christine Hewicker, die 1983 zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Hinzu kamen noch 17 Monate aus anderen Verfahren. Allerdings wurde die zweijährige Untersuchungshaft angerechnet. Bereits im Oktober 1985 wurde Christine Hewicker wieder aus der Haft entlassen.

Dieser Gang hinter Gefängnismauern war nicht ihr erster Kontakt mit der Justiz.

Wegen Sprühaktionen hatte sie bereits 1979 eine neunmonatige Jugendstrafe bekommen, die zur Bewährung ausgesetzt worden war. Kurze Zeit später stand sie wegen ganz anderer „Kaliber" vor Gericht. Gemeinsam mit Paul Otte, Christian Worch, Volker Heidel und anderen wurde sie angeklagt. Der Vorwurf lautete auf „Bildung einer terroristischen Vereinigung". Unter anderem soll die so genannte Otte-Gruppe versucht haben, den damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg mit einem Sprengkörper zu ermorden. Das Verfahren gegen Christine Hewicker sollte abgetrennt werden, doch durch die Flucht nach Frankreich im August 1981 kam es nicht mehr dazu. Lange konnte sie ihrer Bestrafung jedoch nicht entgehen. Noch im gleichen Jahr wurde Christine Hewicker – damals 23 Jahre alt – von einer Anti-Terroreinheit in Belgien ver-

haftet und nach Deutschland ausgeliefert. Während der mehrjährigen Haft wurde sie zunächst in ihrem Hass auf das „System" bestärkt, schaffte aber bald darauf die Umkehr – auch aufgrund ihres wachsenden religiösen Bewusstseins.

Dass Christine Hewicker in dem Endspurt ihres Buches ein flammendes Plädoyer gegen rechtsextremistische Tendenzen hält und zum gesellschaftlichen Widerstand gegen diesen Ungeist aufruft, ist begrüßenswert. Denn auch wenn ihre ultrarechte Karriere schon viele Jahre zurück liegt, so ist sie dennoch eine wichtige „Kronzeugin" für Nazi-Gegner. An dem Buch stören allerdings viele schwerfällige und langatmige Formulierungen. Der Igel-Verlag hätte gut daran getan, die 200 Seiten wesentlich kritischer zu redigieren und lesbarer zu gestalten. Auch ein Personen- und Sachregister sowie ein kurzer chronologischer Abriss fehlen.

Ebenfalls ein großes Manko des Buches: Die Gefängnis-Erlebnisse nehmen einen derartig breiten Raum ein und werden dermaßen detailliert geschildert, dass sich dem Leser der Eindruck aufdrängen könnte, die Ex-Rechtsextremistin sei noch immer ein wenig stolz auf ihre Biografie. Dieser Eindruck wird durch ein Übermaß an Selbstbeweihräucherung verstärkt, feststellbar bei Sätzen wie diesen: „Wenn ich heute meine Verwandten über meinen Großvater sprechen höre, denke ich, er war ein großartiger, gutherziger und genau so verrückter Mann, mit großen Plänen für sein Leben und dem ständigen Willen, Gutes zu tun, was aber auch ihm nicht immer gelang. Vieles davon hatte er an mich weiter gegeben." Ähnlich suspekt wirken Aussagen wie diese: „Irgendwie habe ich mich auch als weiblichen Robin Hood gesehen, der völlig uneigennützig für die Schwachen eintritt und dafür die Reichen und Mächtigen bekämpft."

Christine Hewicker hätte der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einen größeren Gefallen erwiesen, wenn sie ihre Motive für das rechtsextremistische Engagement besser herausgearbeitet und zusätzliche Internas über rechtsterroristische Strukturen weiter gegeben hätte. *Thomas Klaus* ■

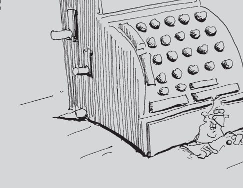
**Das Buch „Die Aussteigerin - Autobiographie einer ehemaligen Rechtsextremistin -" hat die ISBN-Nummer 3-89621-144-7 und kostet 14,90 Euro.**

## Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

**Die Spendenkampagne ist angelaufen. Schon etliche Leserinnen und Leser haben auf unseren Aufruf reagiert. Insgesamt sind bisher**

**472,- Euro eingetroffen.**

**Vielen Dank!**



**Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507**

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.



## :ostritt

Die Landsmannschaft versucht mit ihrem neuen Outfit des Deutschen Ostdienstes (DOD) modern rüberzukommen. Unter der Überschrift „Tarzan war ein Donauschwabe" versucht die Redaktion eine WM-taugliche Ausgabe zu produzieren. Die Landsmänner und -frauen müssen eben wissen, dass der frühere Stuttgarter Nationalspieler Hansi Müller eben ein Donauschwabe ist, obwohl er in Stuttgart geboren ist!? Aber noch nicht genug der Peinlichkeiten aus dem Buch von Helmut Heimann über das „Stelldichein donauschwäbischer Spitzensportler. DOD: „Am meisten verblüfft jedoch, dass auch Ferenc Puskás, der bis zu seinem 12. Lebensjahr Franz Purczeld hieß, einen donauschwäbischen Vater hatte. Der große Fußballer verleugnete seine Herkunft übrigens nie. Mannschaftskameraden (man höre der Wortschatz) und selbst Gegenspieler hänselten ihn deshalb zu seinen Glanzzeiten mit dem Spitznamen ‚Schwob'."

*Prof. Blumenwitz,* ein alter Kämpe und ständiger Autor der DOD und seines Zeichens Völkerrechtler, schreibt in der neuen Ausgabe zur Diskussion um die Benes-Dekrete: „Die Tragfähigkeit der Europäischen Union als einer Gemeinschaft, die sowohl auf die Aussöhnung ihrer Völker und Volksgruppen als auch auf den Respekt vor den Menschenrechten und dem Schutz von Minderheiten gründet, wäre gefährdet, versuchte ein Mitgliedsstaat die Vertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat beharrlich zu rechtfertigen; Europa liefe Gefahr, im weltweiten Kampf gegen ethnische Säuberungen seine Glaubwürdigkeit zu verlieren."

Im DOD sind auch Wahlprüfsteine an die Partei veröffentlicht. Der BdV stellt Aufnahmebedingungen nicht nur gegen Tschechien sondern auch gegenüber Polen und Slowenien. Die Vorsitzende des BdV *Erika Steinbach* fordert in der FAZ-Sonntagsausgabe am 2. Juni: „Wenn in Prag keine Einsicht einkehrt und wenn die EU-Kommission über Menschenrechtsdefizite hinwegsteigt, dann weiß jeder, dass ein Veto gegen den tschechischen EU-Beitritt das einzige Mittel ist, das bleibt. Der Bundespräsident hat bei seinem Besuch in Prag am 5. Juni die moralische Pflicht, das deutlich zu machen."

Der Bundespräsident sollte solche Ansinnen weit von sich weisen!

*DOD Nr. 15/2002; FAZ, vom 2.6.2002 – jöd* ■

## Keine Wende – bürgerliche Sturmvögel

Junge Freiheit Nr. 22/2002 vom 24. Mai

*Carl Gustav Ströhm* befasst sich mit den letzten Wahlergebnissen in Europa und kommt zu dem Schluss: „Was wir jetzt erleben – und was sich bei der Bundestagswahl am 22. September fortsetzen könnte –, ist noch nicht jene ‚geistig-moralische Wende', auf die seit Helmut Kohls Tagen Konservative vergeblich hoffen. Je Pen, Fortuyn, Berlusconi, selbst Haider erscheinen eher als Vor-Reformatoren denn als Träger einer bisher ausgebliebenen Wende. Sie mögen aber Sturmvögel einer künftigen Entwicklung sein, angesichts der unheimlichen Probleme, die vor den Toren harren (in zehn Jahren werden wir mit der demographischen Katastrophe konfrontiert sein!). Wenn es für Nationen des Kontinents eine Zukunft geben soll, dann müssen Hedonismus und Spargesellschaft reduziert, Begriffe wie ‚Verantwortung' und ‚Dienst an der Sache' (oder am Land) wieder ernstgenommen werden."

Sterben fürs Vaterland – das war auch schon mal Dienst am Land. Für Ströhm ist das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in Westeuropa nur der Anfang einen rechtsextremen Wende.

## Empörung über Rehabilitierung der Deserteure

Junge Freiheit Nr. 23/2002 vom 31. Mai

*Klaus Ulrich Hammel*, Oberst im Generalstab a.D., ist empört und sieht Böses für die Bundeswehr voraus. Die Verabschiedung der Änderung des Gesetzes über die Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege am 17. Mai, mit dem endlich die Rehabilitierung der Wehrmachts-Deserteure möglich ist, setzt aus Hammels Sicht „alle anderen deutschen Soldaten ins Unrecht", denn was soll der Deserteur getan haben? „Die Verwerflichkeit liegt dabei weniger in der unmittelbaren Gefährdung der eigenen Gruppe oder Besatzung ... sondern im Verlassen der einem gefährlichen oder niederdrückenden Schicksal ausgesetzten militärischen Gemeinschaft, dem Verstoß gegen das militärische Ethos, gerade in Not und Gefahr zusammenzuhalten und gegen die Forderung, einer müsse sich auf den anderen verlassen können. Fahnenflucht, das treffendere Wort als Desertion, bedeutet , diese Grundsätze wegen den erwarteten persönlichen Vorteils aufzugeben." Dass das militärische Ethos in der Wehrmacht, aber auch in anderen Armeen nur mit einem beträchtlichen Aufwand an Drohung und Gewalt gegenüber den Soldaten aufrecht erhalten werden kann, weiß Hammel auch, später weist er auf das Problem hin, dass auch die Bundeswehr noch die Straftatbestände der Fahnenflucht, des Ungehorsams gegen Vorgesetzte und der Bedrohung von Vorgesetzten kennt. Dass die Verachtung für die Nazi-Untaten oder auch die Sorge um die Familie verächtlicher „persönlicher Vorteil" ist, kann nur einer meinen, dem Angriffs- und Eroberungskriege als legitimes Mittel der Politik erscheinen.

## Beifall für Möllemann

Nationalzeitung 22/23-2002

Auch wenn Möllemann es nicht wahrhaben will, die Geister, die er rief, bekunden unverhohlene Freude an seinen Äußerungen: „Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, es gebe in den USA und einer Reihe anderer Staaten einen beachtlichen jüdischen Einfluss, löst bei Politikern und Medien insbesondere in der westlichen Welt stets heftigen Widerspruch aus", so *Bruno Wetzel* in Nr. 22 der NaZe. Kritik an Israel werde als „antisemitische Hetze" niedergeknüppelt. Die Frage sei, „ob diese heftigen Reaktionen die Mutmaßungen über einen allerorts spürbaren jüdischen Einfluss nicht geradezu unter Beweis stellen." „Wie mächtig sind Juden?" fragt das Blatt in Nr. 23 und zitiert aus Umfragen, aus denen „bekannt" sei, dass erhebliche Prozentsätze den ‚jüdischen Einfluss' für ‚zu groß' halten". „Mölli der Volkstribun" habe sich „getraut, als Sprachrohr einer Mehrheit aufzutreten, die sich bezeichnenderweise aus Angst zum Schweigen verdammt fühlt (...) Endlich hat's mal jemand ausgesprochen!"

„Paradox" – so Wetzel – „wäre es jedenfalls, wenn die FDP am Ende einem jüdischen Einfluss nachgeben würde, den es nach offizieller Darstellung gar nicht gibt!"

## „Republikaner stärken Möllemann den Rücken"

So heißt es in der Pressemitteilung der REPs zum Thema Möllemann. Ähnlich wie Möllemann zieht Bundesvorsitzender *Rolf Schlierer* über den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Michel Friedman her: „Mit seinen unablässigen Hetzreden trägt er zum Aufkommen antisemitischer Tendenzen bei." Dem FDP-Politiker rät er: „Möllemann, bleibe hart!". Den Republikanern, so Schlierer werde es „dank des Tabubruchs von Möllemann" zukünftig viel leichter fallen „Mitglieder und Anhänger gegen den unberechtigten Extremismus-Vorwurf in Schutz zu nehmen". Möllemann habe sich „zwar keine Verdienste um die FDP, dafür aber um so mehr um die Republikaner erworben."

## Rouhs will Wahlkampf für FDP machen

Auf der Homepage der „Bürgerbewegung Pro Köln" um den Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift „Signal", *Manfred Rouhs*, wird mitgeteilt, dass Pro Köln in diesem Jahr im Bundestagswahlkampf die FDP unterstützen und zur Stimmabgabe für sie aufrufen wird. „Deutlicher als Herr Möllemann", heißt es, „hätten auch wir unsere Kritik am arroganten Auftreten eines Michel Friedman nicht formulieren können". So viele Deutsche seien ihm dankbar für seine Äußerungen. In einem an den Kreisverband Köln der FDP gerichteten Brief habe man den Freien Demokraten zu einem „Landesvorsitzenden mit so viel Rückgrat" gratuliert. Pro Köln bietet an, Plakate und Flugblätter der FDP zu verbreiten. Die „Mitglieder seien „hoch motiviert".

*uld, u.b.* ■